

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 231 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 5. Oktober 1934

Chefredakteur: M. Braun

Katholische Kirche
und die Saac

Seite 3

Produktionsdeosselung
in der Metallindustrie

Seite 4

Frauen im
Konzentrationslager

Seite 7

Klassenkämpfer Krupp und Schacht

Schwindende Illusionen über die „Volksgemeinschaft“ im Kapitalismus

Gegensätze

„Wir äußern keine Wünsche, die aus sachlichen Gründen jetzt nicht erfüllt werden können, aber es ist keine Treue zur Regierung, wenn der liberalistische Kapitalismus gegenwärtig seine Bühne sprudeln läßt. Das deutsche Volk will den Sozialismus der Tat für Freiheit und Brot. Wie wirkt es aber auf das deutsche Volk, wenn sich jetzt der liberalistische Kapitalismus mit viel schönen Worten preisgibt? Wir sind der Zukunft und nicht dem Jahre 1913 zugewandt. Der Nationalsozialismus erhebt den Anspruch, tausend Jahre deutsche Geschichte zu gestalten, aber nicht 21 Jahre zurück zur Vorkriegszeit zurückzuführen.“

„Völkischer Beobachter“.

Berlin, 3. Okt. Der „Völkische Beobachter“ steht sich in seiner Berliner Ausgabe gezwungen, auf die schweren Klassenkämpferischen Gegensätze in der „Deutschen Arbeitsfront“ hinzuweisen, die wir schon in unserem gestrigen Bericht über das Ringen um die Lohnsenkungen hervorgehoben haben.

Neuereich gesehen ist die Harmonie der Volksgemeinschaft nach dem Umbau und Ausbau der „Deutschen Arbeitsfront“ vollendet. Es gibt in dieser gewaltigen Organisation von über 17 Millionen Mitgliedern nach der herrschenden Ideologie und Phrasologie keine Klassenunterschiede und keine Klassenverhältnisse mehr, denn die Unternehmer und die Arbeiter, die Handwerker und die Kaufleute, die Angestellten und die Beamten, Großhändler, Mittelstand und Proletariat, Stadt und Land: alles ist unter der roten Fahne des Hakenkreuzes friedlich vereint: „Siehe, wie fein und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtiglich beieinander wohnen.“

Die Kleinigkeit, daß die Unternehmer die Produktionsmittel und das Finanzkapital über die Kreditquellen verfügt, glaubte Herr Dr. Ley in seinen Reden, die aus dem Rausche nicht nur der Begeisterung kommen, leicht hinwegpredigen zu können. Er ermahnte die Schwerindustriellen und die Großbankiers einfach zu „Sozialisten“, sozusagen ehrenhalber, und pries es als „Sozialismus der Tat“, wenn sie sich herbeiließen, einmal im Jahre am 1. Mai gemeinsam mit ihrer „Gesellschaft“ die Schreiererei des Herrn Adolf Hitler anzuhören.

Das große Unternehmertum lächelt natürlich über Herrn Dr. Ley und das, was er sich unter „Sozialismus“ vorstellt. Man zählt die Beiträge für die Arbeitsfront und legt für die eigenen wirtschaftlichen Interessen den Reichstag der Industrie ein, denn man hat zwar gern die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten vernichten lassen, die eigene Kampfvertretung behalten.

Der Reichstag der Industrie wird von einem so gründlich überzeugten und erfahrenen „Sozialisten“ wie dem Herrn Krupp von Bohlen-Halbach geleitet. Seine „sozialistische“ Schulung reicht noch in den Staat der Hohenzollern zurück und ist von so hervorragenden „Sozialisten“ wie Thälens, Stumm, Rirdorf, Finnes, Böger und anderen befruchtet worden. Zur Zeit ist der einflussreichste „sozialistische“ Kämpfer Krupp und seines Reichshandels ein anderer großer Streiter für den Sozialismus der Tat, Herr Dr. Ojalmar Schacht, provisorischer Reichswirtschaftsdiktator.

Auf einmal gerät dem „Völkischen Beobachter“ ein lachtes Dämmern auf, das beinahe an den Marxismus erinnern könnte, wenn man nicht wüßte, daß Karl Marx und seine lächerlichen Theorien von den Klassengegnern und den Klassenkämpfern längst in den gewaltigen Geistesströmen so titanischer Männer wie Hitler, Len, Balduar von Schirach und anderen Säkularmenschen untergegangen sind. Die bösen Kapitalisten, oder doch einige seltene Exemplare, so liebt man nun, seien im Grunde ihrer schwarzen Seelen „Liberalisten“ geblieben und wollten den alten schönen Vorkriegskapitalismus wiederherstellen. Darüber können die besorgten Nazis nun ganz beruhigt sein. Der relativ blühende, im Aufstieg befindliche Kapitalismus des wohlhabenden Deutschland im Jahre 1914 kommt nicht wieder. Dafür hat die kapitalistische Verpulverung der Werte im kapitalistischen Weltkrieg, dafür haben die kapitalistische Inflation, die Deflation und die riesenhaften Reinvestitionen gesorgt; und anderthalb Jahre Wirtschaftsverwüstung durch Schatzkammern wie Hitler und

Konforten haben die Regenerationsträume der deutschen Wirtschaft zerflattern lassen.

Richtig aber ist soviel, daß die „Sozialisten der Tat“ um Krupp und Schacht nur noch einen Weg zur Rettung, das heißt zu ihrer Rettung sehen: die kapitalistische Diktatur gegen alle Interessen der Arbeiter und Angestellten und die Absage an alles, was auch nur entfernt an Sozialismus erinnert.

Die kapitalistischen Wirtschaftsführer, die kaum noch aus und ein wissen, glauben sich ihren Zielen nahe, denn praktisch ist durch die Amorganisation der „Deutschen Arbeitsfront“ nicht nur die alte Gewerkschaft, sondern auch die RZFD. vernichtet und ein Gegengewicht gegen die rein Klassenkämpferische Betriebsführung nicht mehr vorhanden. Es bleibt aber die Masse der Arbeiter und Angestellten, die sich allmählich von allen verlassen und verraten fühlen. Immer schwerer haben es die nationalsozialistischen Vertrauensleute, die bisher indifferenten Massen auf die kommenden Wunder des großen Adols zu vertrauen.

Aus dem sorgenvollen Ruf des „Völkischen Beobachters“ ertönt diese bedrängte Stimmung, die sich in der nationalsozialistischen Presse Luft machen will und den Unternehmern mit der öffentlichen Kritik droht. Die Unternehmer dürften aber sehr wohl wissen, daß man mit dieser Drohung nicht ernst machen kann, da sonst sofort die Massen in Bewegung kommen müßten und Streiks wohl nicht mehr zu vermeiden wären.

„Gerüchte“

Die mißliebigen Bonzen

Breslau, 4. Okt. Die Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Breslau veröffentlicht eine Warnung, in der gesagt wird, in den letzten Tagen sei die Öffentlichkeit durch Gerüchte beunruhigt worden, die sich mit führenden Personen der Regierung und der Partei befaßt hätten. Die Staatspolizei habe festgestellt, daß diese falschen Nachrichten von Kreisen aufgebracht worden seien, die bewußt Unruhe stiften wollten. Sie warne ausdrücklich davor, durch lässliche oder bewusste Weiterverbreitung der Gerüchte die Absichten staatsfeindlicher Elemente durch unbedachtes Geschwätz zu unterstützen.

„Ein düsteres Finanzbild“

Erfolge der Reichsbankrotteure

In Bonn laute die Arbeitsgemeinschaft der Landräte des Rheinlands im Rahmen des deutschen Gemeindetages, um die Finanzlage und die Arbeitsbeschaffung in den Landkreisen zu erörtern. Bei dieser Tagung sind so manche Grenzmarken offen zum Ausdruck gebracht worden. So hat z. B. Landrat Klassen von seinem rheinischen Landkreis, wie die „Rheinische Zeitung“ ausdrücklich bemerkt, ein „düsteres Finanzbild“ entworfen. Auch Dr. Zimmer vom Kreis Ahrweiler mußte zugeben, daß die Finanzverhältnisse in seinem ländlichen Kreis ebenfalls trostlos seien. Landrat Tavoski aus Düsseldorf beschäftigte sich mit der Arbeitsbeschaffung und gab hierbei zu, daß jetzt für die Arbeitsbeschaffung nicht mehr so viel Geld zur Verfügung stehe wie früher. Deshalb empfahl er den Landräten nur solche Arbeiten, die nicht größere Kredite erforderten, sondern nur mit geringerem Materialaufwand zu erledigen seien. Heute unter 25 Jahren würden am besten nicht in der kommunalen Fürsorge beschäftigt, da sie in der Landhilfe unterzubringen seien.

Zum Gesamtbild paßte auch das Referat des Herrn Vertbold von der Geschäftsstelle des deutschen Gemeindetages, der die Einschränkung der versorgungsberechtigten Fürsorgeverbände forderte.

In Berlin sind mehrere Nummern des „Temps“ beschlagnahmt worden. Wahrscheinlich ist die Beschlagnahme auf die Resonanz über wirtschaftspolitische Artikel des Grafen D'Armeson zurückzuführen, der die wirtschaftliche Situation der Diktatur sehr skeptisch beurteilt.

Aus verschiedenen Teilen Deutschlands liegen Meldungen vor, wonach die Beamten der Reichspost zu militärischer Ausbildung angehalten werden. Die Postbeamten müssen regelmäßige Schießübungen mit Infanteriegewehren machen.

Ein neuer Krisenwinter

Mit dem Abbruch der Weltkonjunktur im Jahre 1929 setzte eine wirtschaftliche Abstiegsperiode ein, die im Laufe der Jahre Welthandel und Weltproduktion auf mehr als die Hälfte des früheren Höchststandes zusammenschrumpfen ließ. Das Heer der Arbeitslosen stieg von Jahr zu Jahr zu immer beängstigenderen Millionen ziffern an, die Verelendung der Massen erreichte angesichts riesenhaft aufgestapelter Warenvorräte, die durch den rapiden Preissturz und den noch größeren Zusammenbruch der Kaufkraft der Welt unverkäuflich geworden waren, ein unerhörtes Ausmaß. Alle Bemühungen und Versuche, diesem wirtschaftlichen Verfall mit kapitalistischen Mitteln entgegenzutreten, scheiterten. Die wirtschaftlichen Verfallerscheinungen wurden noch verstärkt durch die Wirkungen der Währungspolitik der wirtschaftlichen Großmächte und die Politik der Autarkie. Jedes Land schloß sich von der Umwelt ab. Statt des allein erfolgversprechenden Versuches, gemeinsam aus gemeinsamer Not herauszukommen, trachtete jedes Land danach, sich auf Kosten der Nachbarländer und der bisherigen Weltwirtschaftspartner zu retten. Das Fiasko der Weltwirtschaftskonferenz in London 1933 demonstrierte noch einmal mit voller Deutlichkeit die Ausichtslosigkeit der kapitalistischen Machthaber, ihren eigenen Wirtschaftsapparat zu meistern. Eine Verschärfung der Weltwirtschaftskrise trat schließlich noch durch die Stabilisierung der faschistischen Machthaber, insbesondere in Deutschland, ein.

Die Welt hatte in dieser Lage eine große Hoffnung: Amerika! Roosevelts zweifellos kühnes Vorhaben, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch neuartige Wege und Maßnahmen zu überwinden, die Begeisterung, mit der das ganze amerikanische Volk die R.N.A.-Politik begrüßte und insbesondere die anfänglichen Erfolge dieser neuen Politik ließen diese Hoffnung berechtigt erscheinen. Es gab allerdings von Anfang an vorsichtige Mahner und Beobachter, die darauf hinwiesen, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung Amerikas keineswegs dazu führen müsse, eine wirtschaftliche Erholung der anderen Länder nach sich zu ziehen.

Amerikas Wirtschaftspolitik ist — lediglich unterzogen durch das Ausmaß und die Größe des Wirtschaftsraumes — nicht minder binnen orientiert und betont national als die Wirtschaftspolitik der anderen Länder. Dabei soll keineswegs die moralische und psychologische Wirkung eines Gelingens der Wirtschaftspolitik Roosevelts, die sich als nachzuahmendes Beispiel in bezug auf die Wiederbelebung der Wirtschaft auf die anderen Länder hätte auslösen müssen, außer acht gelassen werden. Im Zusammenhang hiermit muß jedoch ebenso davor gewarnt werden, in der Begeisterung über Roosevelts Planwirtschaft gleich von Sozialismus, und sei es auch nationalem Sozialismus, zu reden. Auch die Nazis, als Gegenbeispiel, reden von Planwirtschaft und nationalem Sozialismus, obwohl die nationalsozialistischen Staatseingriffe in die Wirtschaftsgesetze nie das kapitalistische System in seinen Grundzügen angetastet haben und es mit der Zeit immer weniger beabsichtigen. Von Planwirtschaft reden oder selbst planwirtschaftliche Maßnahmen durchführen, die nur die schlimmsten, den Kapitalismus selbst bedrohenden Auswüchse beseitigen sollen, ist noch gar keine soziale, geschweige denn sozialistische Planwirtschaft. Bestenfalls könnte man dies kapitalistische Rationalisierung nennen.

Die obengenannten Hoffnungen sind bestimmt nicht in dem Maße in Erfüllung gegangen, wie es die Begeisterung der ersten Zeit erwarten ließ. Ebenso wenig haben die Entspannungserwartungen, die von Amerika für die Weltwirtschaft durch direkte Belebung des Welthandels oder durch indirekte psychologische Wirkung ausgegangen sind, dem berechtigterweise angenommenen Ausmaß entsprochen.

Wenn man sich dabei die eindeutigen, die Krise verschärfenden Auswirkungen der deutschen Wirtschaftspolitik nach 18 Monaten Faschismus vor Augen hält, muß man die Hoffnungen auf Besserung, die die Welt

Katholische Kirche und Saargebiet

Von katholischer Seite wird uns geschrieben:
Ist die katholische Kirche in der Saarfrage wirklich neutral?

Ihre Funktionäre behaupten es und zeigen auf die Verweigerung eines apostolischen Administrators für das Abstimmungsgebiet als auf eine Auswirkung striktester Neutralität hin.

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus?
Um nicht über Worte zu streiten, wollen wir zuerst festlegen, was wir unter Neutralität in diesem Fall verstehen. Die Verhältnisse hier an der Saar legen den Begriff dahin fest, daß man sich kirchlicherseits hütet, die Freiheit der Saarländer in der Abstimmung am 13. Januar 1935 irgendwie mit kirchlichen Mitteln zu beeinträchtigen oder beeinträchtigen zu lassen.

Unter Freiheit versteht die Kirche und mit ihr die ganze gebildete Welt von jeher nicht eine Willkür oder ein Handeln in nationaler Suggestion oder Hitler-Hypnose, sondern das gerade Gegenteil davon, nämlich eine vernünftige, wohlüberlegte Wahl, die frei von allen inneren und äußeren Hemmungen, alle Posten nach ihrer Schwere in Rechnung stellt, also vor allem dabei die höchsten Güter der Menschheit, Kultur und christliche Religion, nicht außer acht läßt. In jedem Handbuch der christlichen Philosophie und der katholischen Morallehre ist das nachzulesen.

Unsere Frage präzisiert sich also dahin: Verhält sich die katholische Kirche im Saargebiet so, daß die Katholiken in einer wohlüberlegten Wahl wirklich frei, ohne äußeren Zwang und ohne die inneren Hindernisse der Willensfreiheit, nämlich ohne Begierlichkeit und Furcht und ohne Unwissenheit — das Schicksal des Saarvolkes mitentscheiden können?

Die Leser mögen diese Frage auf Grund der Tatsachen, die wir jetzt berichten, selbst entscheiden.

Die Bischöfe und die Pressefreiheit

1. Die gesamte nichtmarxistische Presse des Saargebietes, also auch die gesamte katholische Presse, war mit schwerstem finanziellen Druck und Terror und Ueberrumpelung in den Dienst des Anschlussgedankens ans Hitlerreich gestellt worden. Diesen Dienst versteht sie mit jener verlogenen Unehrlichkeit und Skrupellosigkeit, die eine Signatur des „dritten Reiches“ sind. Es stellte sich die auch von der bischöflichen Behörde von Spener gelegentlich einer Audienz der Defamierung anerkannte Notwendigkeit heraus, ein Presbiterium zu gründen, das die Katholiken über die wirklichen Verhältnisse und Verhältnisse im „Reich“ auf dem laufenden hält und so sie in den Stand setzt, mit Kenntnis der Verhältnisse eine wirklich freie, d. h. durch keine Unkenntnis gehinderte, vernünftige Wahl zu treffen. Ist es doch soweit gekommen, daß die gleichgeschaltete, aber sich noch katholisch nennende Presse nicht nur die Mitteilung zahlreicher, für die Katholiken wichtiger Vorkommnisse verweigert, sondern selbst ausschlaggebende Worte des Papstes einfach unterschlägt, weil sie den braunen Herrschenden nicht genehm sind, und daß diese unter falscher Fassade legende Presse die einschlägigen christlichen Prinzipien im Bewußtsein des katholischen Lesepublikums umbringt.

So gründeten katholische Männer zur Abwehr des Terrors und der Verfälschung die „Neue Saar-Post“, ein in jeder Hinsicht streng katholisches Blatt. Die Gründung der „Saar-Post“ war eine Heldentat für die Freiheit der Abstimmung, notwendig für die Katholiken, die ja von ihrer Kirche streng angewiesen sind, andere Blätter, wie z. B. marxistische, nicht zu lesen.

Wie verhält sich nun die Kirche gegen dieses katholische Presbiterium der „Saar-Post“?

a) Der Bischof von Spener gab seinen Geistlichen in einem Schreiben an die Defamationskonferenzen den Rat, sich in jeder Hinsicht von dieser Zeitung zu distanzieren, und er erwartet in demselben Schreiben die Befolgung dieses „Rates“ mit Berufung auf den kanonischen Gehorsam, also auf das härteste Band des Priesters. In diesem Widerspruch einer Ratsbefolgung und Gehorsam drückt sich eine Vorsicht des Bischofs aus, die sein Bewußtsein von einer unkatolischen Maßnahme deutlich verrät.

Und als die Priester für einen solchen Rat unter strengem Gehorsam kein Verständnis aufbrachten und mit Begeisterung sich der Neugründung annahmen, wurde in einem Schreiben an den Propägen von Enselheim z. B. die erste Mahnung für alle, besonders aber für diesen Propägen nachdrücklich erteilt.

b) Der Bischof von Trier distanzierte sich auf einer Jugendfundgebung zu Saarbrücken von dieser Zeitung mit so auffälligen und scharfen Worten, daß sie nach der allgemeinen Auffassung einer Verurteilung dieser katholischen Zeitung gleichkommt — zur Freude der sogenannten „deutschen Front“, zur Betrübnis und Konternierung der Katholiken. Deren Unmut über dieser die ganze Rundgebung verpöndenden bischöflichen Affront gegen das verdiente Katholikenorgan war so heftig und offensichtlich, daß der anwesende Spenerer Bischof auf der Heimreise seinem Sekretär gegenüber seine Beugung und Freude über sein eigenes Schweigen an diesem Tage geäußert hat.

Darum ist klar erwiesen, daß die Bischöfe von Trier und Spener ihre Amtsmacht dazu mißbrauchen, um die Wahrheit zu verschleiern, damit die Freiheit der Abstimmung zu beeinträchtigen, den Terror und die Lüge der Gegenpresse zu begünstigen und damit die Unfreiheit der Abstimmung zugunsten Hitlers zu vertiefen. So etwas nennt man auf der ganzen Welt einseitige Parteilichkeit, aber niemals Neutralität.

Die Bischöfe und die Priester an der Saar

2. In Deutschland lammern die Bischöfe, daß es ihnen nicht mehr verhalten sei, die Tagesereignisse und die öffentlichen

Bestrebungen und Strömungen im Lichte des katholischen Glaubens zu beleuchten. Sie protestieren dagegen wie gegen die Verletzung eines heiligen Rechtes weil einer heiligen Pflicht, und das mit Recht.

Wenn nun katholische Geistliche im Saargebiet, sei es auf der Kanzel oder sei es sonst in öffentlicher Rede, dieses heilige Priesterrecht und diese heilige Pflicht ausüben, dann werden sie von denselben Bischöfen gemahnt, die sich darüber beklagen, daß sie im Reich diese Pflichten nicht mehr ausüben dürfen.

Die Bischöfe begeben also gegen ihre eigenen Untergebenen im Saargebiet dieselben Rechtsverletzungen zugunsten des Hitlerreiches, über die sie im Hitlerreich klagen.

Das wenigste, was passiert, ist eine Mahnung zur Vorsicht, da die „deutsche Front“ schon „Ihre Verletzung beantragt hat“. So z. B. in einem Schreiben an das Pfarramt Döhlen.

Drei Geistliche wurden deshalb schon ins Reich verlegt und den Pesten vorgeworfen; und die bischöfliche Behörde kann den Zweck nicht leugnen, denn sie hat ihn selber versprochen, indem sie durch die Defamierung schon vorher diesen Geistlichen kundtun ließ, daß solche „Unvorsichtigkeiten“ nicht vor einer Verlegung ins Reich kämen.

Auch die „deutsche Front“ verrät die Absicht, indem sie ihre Kenntnis von den Verletzungen ausplaudert, noch bevor deren behördlichen Veröffentlichung geschah. Sie waren nämlich auf Hitlerdruck hin geschahen, und damit ist die Absicht eindeutig klar.

Auf der anderen Seite dürfen Priester Wilhelm und andere Geistliche, ungehindert von ihrem Bischof, in allen Gemeinden als Wanderprediger der „deutschen Front“ und des Hitlerreiches auftreten und dabei die schwächlichen Theorien Hitlers verkörpern. Also auf Kosten der eigenen, eben erst reklamierten kirchlichen Rechte betreibt der Episkopat die Sache der „deutschen Front“ gegen die Einheitsfront. Wer nach dieser kirchlichen Selbstentmannung noch von kirchlicher Neutralität in der Saarfrage spricht, läßt wissentlich und absichtlich und begeht selber schlimmsten Vagantenterror.

Die Bischöfe und die Staatshoheit

3. Die Bischöfe von Trier und Spener lassen alle kirchlichen Funktionen, die ein staatliches Ereignis im Reich berücksichtigen, wie Reichspräsidententod und Reichspräsidentenbegräbnis, Volksabstimmung und dergleichen, in gleicher Weise im Saargebiet wie im Reich abhalten und lagernieren hiermit dem katholischen Volke, daß im Saargebiet die gleiche Staatshoheit bestände wie im Reich.

In dieser Richtung liegt auch das berühmte Telegramm an Hindenburg auf der Saarjugendfundgebung. Es ist Sitte, nur an die Personen der eigenen zuständigen Regierung solche Guldigungstelegramme zu senden.

Hierher gehörte aber auch, daß die Saargeistlichen alle bischöflichen Druckerzeugnisse, wie Diözesanblatt („Der christliche Pilger“), Pilgerkalender und dergleichen, die offen und laut für die Rückgliederung zum Hitlerreich plädieren, an die katholische Saarbevölkerung verbreiten helfen müssen. Hierdurch wird die bischöfliche Autorität, die hinter diesen Druckerzeugnissen steht, in ungehöriger Weise für die eine Partei ausgeschaltet und den Pfarrern, die sich nicht in öffentlichen Gegenzug zu dem Bischof stellen dürfen, wird ihre Aufklärungsarbeit zugunsten einer vernünftigen freien Abstimmung unmöglich gemacht. Und das heißt man dann kirchliche Neutralität! Wo gab es je eine ärgere Entstellung der Wahrheit!

Die parteiische Kirche

4. Aber es kommt noch besser! Der Bischof von Spener fürchtet die selbständige Administratur im Saargebiet, die er eigentlich begründen möchte, wie sie alle seine Saarpriester herabläßt begründen würden, um endlich frei zu sein in Ausübung ihrer heiligen Pflichten. Aber der Bischof fürchtet die Administratur, denn er muß sich selber sagen, daß, wie die ganze Welt, auch Rom den abscheulichen Druck kennt, unter dem er steht.

Weil er den Administrator fürchtet, läßt er von seinen Saarpriestern eine Mitschrift unterzeichnen gegen die Trennung des Saarteiles von der Mutterdiözese. Und unter dem moralischen Druck seiner bischöflichen Gewalt und in

„Der Herr Pfarrer hat es nicht erlaubt“

Ein Fall kirchlichen Terrors

In Rentrich wurde, wie wir ausführlich berichtet haben, der Kaufmann Hillebrand, ehemaliger Reichsmußknecht der NSDAP, und Hitlers unsiebender Wähler und deshalb heute blutig verbluteter Fluchhülle, von einer Bande Edelreiter der „deutschen Front“ überfallen und nach allen Methoden des „dritten Reiches“ derartig zugerichtet, daß er mehrere Wochen das Bett hüten mußte.

Für den zweiten Tag seiner Krankheit versprach ihm der Herr Kaplan des Ortes seinen Krankenbesuch. Aber diese Pflicht der katholischen Seelsorge wurde nie erfüllt. Als der General nach etwa vier Wochen den Herrn Kaplan ob des nicht eingehaltenen Versprechens zur Rede stellte, erhielt er vom Herrn Kaplan folgende sehr bezeichnende und ausschweifende Erklärung: „Ich wäre gern zu Ihnen gekommen, aber mein Ehele, der Herr Pfarrer von Rentrich, hat es nicht erlaubt.“

Also: es gibt an der Saar einen katholischen Pfarrer, der aus Angst vor der braunen Front selbstverständliche Seelsorgepflichten gegenüber den Opfern des braunen Terrors

Abstimmung und „Landesverrat“ Verbrecherische Agitation

Die „Saarbrücker Zeitung“ hat recht gut verstanden, was wir mit unserem Hinweis meinten, daß es unzulässig sein müsse, den Saarländern, die für den Status quo eintreten, das mit Zuchthaus und Todesstrafe bedrohte Verbrechen des „Landesverrats“ vorzumwerfen. Sie tut nun so, als habe sich ihr Vorwurf nur gegen die „Emigranten“ gerichtet. O, nein! Das Blatt hat ausdrücklich die Abstimmung für den Status quo als das normale Recht zum Landesverrat bezeichnet, und das ist eben seliger und gemeiner Terror.

Daß irgendwelche von Mördern und Schändern der deutschen Ehre gedungenen Redakteure die „Emigranten“ als „Landesverräter“ bezeichnen, ist doch nichts Neues und keineswegs aufregend. Wir werden uns mit dem Blatte des französischen Rüstungspatrioten Röschling und mit Leuten, deren politische Ueberzeugung von den jeweils reagierenden und behandelnden Machthabern in Deutschland abhängig ist, nicht über „nationales Gewissen“ unterhalten. Es kommt uns nur darauf an, die freie Abstimmung gegen die Terrorfront zu sichern. Dann wird sich alles andere finden.

folge ihres bekannten brutalen Gebrauches schreiben die Geistlichen gegen ihre heißerwünschte Freiheit durch einen Administrator gegen den Administrator — und murren im stillen:

Auch das wird kirchliche Neutralität genannt.
3. Aber selbst damit noch nicht genug; die kirchliche „Neutralität“ geht noch weiter und trieb endlich folgende Blüte: Nach all dem Terror und dem Druck durch die kirchliche Behörde, den wir im vorigen kennen gelernt haben und dessen sich, wie aus Obigem ebenfalls feststellt, der Bischof bemußt ist und unter dem noch meinen eigenen täglichen Feststellungen die Geistlichen in tiefer Scham schmachten, ermarktet nun

der Bischof in einem Schreiben vom 3. Septemb r 1934 von dieser terrorisierten Priestern die unter priesterlichem Ehrenwort abgegebene Erklärung, daß sie nicht bedroht und bedrückt seien. —

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: betreff: „Saar-chronik“.

Am 28. August verbreitete der Straßburger Sender folgende Mitteilung: Der Bischof von Spener hat drei Geistliche aus dem Saargebiet ins Reich verlegt, weil sie den Nationalsozialisten nicht ergeben waren. Die Kirchenfürsten von Spener und Trier haben hart unter dem Druck von Berlin! Im gleichen Sinn schrieb mir vor einigen Wochen ein Minister der Regierungskommission, die Geistlichen des Saargebietes mühten sich von mir bedroht und bedrückt in ihren politischen Anscheinungen. Ich fordere nun von jedem einzelnen meiner Diözesanpriester im Saargebiet, daß ein jeder für sich und seine sacerdotali (= unter priesterlichem Ehrenwort! Die Red.) mir Tatsachen melde, durch die er von mir bedroht oder bedrückt sich fühle. Fehlanzeigen sind nicht erlassen. Die eingehenden Erklärungen müssen bis längstens 20. 9. 1934 bei mir eingelaufen sein.
Geg. Ludwig, Bischof v. Spener.

Als Abschrift beglaubigt: 3. 9. 1934 Damm, Defam.

Und selbst auf dieses Schreiben liefen Fehlanzeigen ein, so groß ist der Terror der kirchlichen Neutralität im Saargebiet in der Saarfrage. Man sieht: Hitlers Methoden machen Schule.

Die Lösung des Rätsels besteht darin, daß sich der Gauleiter Hinkel, der, obwohl als schlimmer Kirchenfürmer und Geistlichenmaltäter bekannt, doch von seiner Spenerer bischöflichen Behörde ein Zeugnis für Wohlverhalten gegen die Kirche erhalten hat, sich bei jeder Gelegenheit rühmt: „Der Bischof von Spener tut nichts gegen uns; denn beim ehren Wort würde ich ihn wegen gewisser Affären ins Gefängnis legen.“

Rom weiß dies. Der Schreiber dieses hat es Monsignore Tetta gesagt. Aber der Bischof bleibt und der Administrator kommt nicht. Und so bleibt durch die Schuld der Kirche der Bischofsdruck, der Druck von Hitler ist.

Die kirchlichen Funktionäre in Trier und Spener sind nichts anderes als Vermittler des Hitlerdrucks auf das katholische Saarvolk zur Erpressung einer unfreien Abstimmung für Hitler. Diese Tatsache steht fest und ist nicht zu bestreiten.

Darum ist die Kirche in der Saarfrage parteiisch, weil sie keinen Administrator sendet, der jenen Druck beseitigt

unterläßt und seinem Kaplan verbietet, der Seelsorge in diesem Falle nachzugehen. Man meint, der Pfarrer hätte schon davon gelesen, wie im „dritten Reich“ den Todgeweihten der Weisliche verweigert wird, weil er sich jetzt schon auf die Wünsche nationalsozialistischer Barbarei einrichtet.

Hillebrand wandte sich nach dieser Erfahrung an das bischöfliche Ordinariat von Trier um Zuweisung eines anderen Seelsorgers, da man seit der Saarbrücker Jugendfundgebung ja allmählich weiß, daß Bischof Bornwasser nicht unter Hitlerdruck steht. Aber die Flut der Lügen, die durch die Welt geht, muß sich in Trier so gehaut haben, daß darin die Mitschrift Hillebrands begraben wurde und unterging. Denn einer Antwort ist Hillebrand nicht würdig worden.

Man hat Hillebrand empfohlen, sich nach Spener um Aufnahme in die benachbarte St. Anabrier Pfarrei zu wenden. Denn in Spener ist im Schatten Birkfelds ein noch viel freierer Bischof als in Trier

Kleine Wirtschaftsnachrichten

Die holländischen Frucht- und Gemüse-Exporteure haben den Beschluß gefaßt, alle Lieferungen an deutsche Firmen bis zu einer befriedigenden Regelung der Transfer-Frage einzustellen.

Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd haben in den ersten acht Monaten dieses Jahres 71 595 Personen auf ihren nordamerikanischen Routen befördert gegenüber 82 409 im gleichen Abschnitt des Vorjahres.

Der Reichsernährungsminister hat einen Erlaß veröffentlicht, in dem alle Lebensmittelhandlungen verpflichtet werden, ihren Vorrat an Kaffee, Tee, Kakao, Reis Gewürzen und Hülsenfrüchten bekanntzugeben, damit die Regierung sich einen Überblick über die für den Winter zur Verfügung stehenden Vorräte verschaffen könne. (Inpreß.)

Trotz der fieberhaften Anstrengungen der deutschen Handelsdelegation in Südamerika, die unter der Leitung des ehemaligen deutschen Generalkonsuls in New York, Kiep, sich um die Hebung des deutschen Exportes bemüht, zeigen die erst jetzt veröffentlichten Ziffern ein schweres Defizit des Außenhandels mit den lateinamerikanischen Ländern. Vierzehn südamerikanischen Ländern gegenüber ist die Außenhandelsbilanz des letzten Jahres passiv, nur sechs Ländern gegenüber aktiv. Die Gesamtausfuhr Deutschlands nach Südamerika bezifferte sich auf 286 100 000 Mark, die Gesamteinfuhr aus denselben Ländern auf 384 000 000 Mark.

Zur Ueberwachung und Regelung des Verkehrs mit Garnen sowie mit neuen und gebrauchten Geweben (einschließlich Planen) und Säcken aus Jute, auch in Verbindung mit andern pflanzlichen Spinnstoffen oder mit Papier, hat der Reichsbeauftragte für Bastfasern mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers eine besondere Abteilung mit der Bezeichnung Ueberwachungsstelle für Bastfasern — Jutewirtschaftsstelle — gebildet. Die Anschrift der Stelle ist: Berlin NW 7, Unter den Linden 57—58. Alle Hersteller und Händler haben die Lagervorräte und Verkaufsverpflichtungen zu melden.

Auf Grund einer Anordnung des Reichsbeauftragten für Tabak in Bremen wird im „Reichsanzeiger“ bestimmt, daß Unternehmungen, die Rohtabak verarbeiten, handeln oder einführen, ihre Bestände vom 30. September bis zum 15. Oktober bei der Ueberwachungsstelle anzumelden haben. Zugleich haben die Verarbeiter ihren durchschnittlichen Monatsverbrauch in der Zeit vom 1. August 1933 bis 31. Juli 1934 sowie den unter Berücksichtigung ihres Lagers erforderlichen Ergänzungsbedarf, für die Zeit vom 1. Oktober 1934 bis 30. September 1935 anzumelden. Auch die Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Lieferanten sind getrennt nach in- und ausländischer Währung, nach Ländern und Verschuldungsart anzumelden.

Im Konkurs der Baumwollwarengroßhandlung Oskar Rosenthal, Berlin, steht ein Zwangsvergleich von 10 Prozent in Aussicht. Außerdem sollen die Warengläubiger die restlichen 90 Prozent langfristig nachgezahlt erhalten. Die nicht bevorrechtigten Forderungen belaufen sich auf 380 500 RM., außerdem sind 506 000 RM. Ausfallforderungen auf Grundstücklasten angemeldet. Nach der Konkursbilanz können mangels Masse nicht einmal die Vorrechtsgläubiger befriedigt werden.

Die italienische Regierung hat ein Ausfuhrverbot für Quecksilbererz und Quecksilber und ein Einfuhrverbot für frische, eingekochte und gesalzene Butter und Seidengewebe erlassen.

Die Banca d'Italia ist ermächtigt worden, die am 1. Juli und 31. Dezember 1934 zahlungsfälligen Zinsscheine des italienischen Anteils der Dawes- und Young-Anleihe vollwertig einzulösen, sofern die Inhaber Italiener oder in Italien ansässige Ausländer sind und die Titel vor dem 15. Juni 1934 erworben haben.

Nur 10 Mark Auslandsüberweisung

Ohne Devisenbescheinigung oder Devisengenehmigung sind Ueberweisungen und Zahlungen im Postscheckverkehr nach dem Saargebiet und dem Ausland nur noch bis 10 Mark, Postanweisungen nach diesen Gebieten allgemein nur noch bis 10 Mark für die Person und den Kalendermonat zulässig. Rentenzahlungen und Versorgungsbezüge werden von dieser Einschränkung nicht berührt.

Neue Reiseverkehrsbestimmungen

In Ergänzung der neuen Vorschriften über die Herabsetzung der Freigrenze im deutschen Reiseverkehr wird bestimmt, daß die neuerdings vorgeschriebene Dringlichkeitsbescheinigung der Ortspolizierbehörde für den Fall, daß der zugelassene 10 RM. im Kalendermonat (gegenüber bisher Reisende neben der im Rahmen der Freigrenze nur noch 50 RM.) noch weitere 50 RM. in deutschem oder ausländischem Hartgeld nach dem Auslande mitnehmen will, nicht erforderlich ist, wenn neben der Mitnahme von bis zu 500 RM. in Reiseschecks, Kreditbriefen usw. auf Grund der Reiseverkehrsabkommen mit der Schweiz, Italien und anderen Reiseverkehrs-Abkommensländern weitere 50 RM. mitgenommen werden sollen. In diesem Falle ergäbe sich die Zulässigkeit der Mitnahme der 50 RM. aus der Eintragung des Erwerbers in den Abkommen vorgesehene besonderen Zahlungsmittel in den Reisepaß.

Feiner wird bestimmt, daß die 50 RM. auf Grund der ortspolizeilichen Dringlichkeitsbescheinigung im Gegensatz zur Freigrenze nicht nur einmal innerhalb jedes Kalendermonats mitgenommen werden dürfen, jedoch gilt die Dringlichkeitsbescheinigung stets nur für eine Reise und wird unwirksam, wenn die Grenze nicht spätestens eine Woche nach der Erteilung überschritten wird.

Produktionsdrosselung der Metallhalbzeugindustrie

Die Bürokratisierung schreitet fort

In der Richtung des Ausbaus in der Zwangsbewirtschaftung ist in Hitlerdeutschland ein weiterer bedeutsamer Schritt erfolgt. Es handelt sich um die Herabsetzung der Höchstgrenzen für das vierte Quartal, innerhalb derer die Metallhalbzeugindustrie Metalle verarbeiten darf. In den letzten 3 Monaten 1934 darf hiernach die Metallhalbzeugindustrie nur noch verarbeiten an Kupfer 50 Prozent der im ersten Quartal verarbeiteten Mengen, an Blei 65 Prozent, an Zinn 30 Prozent, an Nickel 35 und nur an Zinn 100 Prozent. Im dritten Quartal lasteten die Säge einheitlich auf 100 Prozent der Mengen des ersten Vierteljahres, so daß jetzt eine neue einschneidende Drosselung stattgefunden hat.

Von dieser Einschränkung sind die Erzeugnisse ausgenommen, die zur unmittelbaren Ausfuhr oder zur Belieferung von Betrieben der zweiten Verarbeitungsstufe für deren unmittelbare Ausfuhr bestimmt sind. Auf diese Weise will man wenigstens die noch verbliebenen wenigen Positionen auf dem Weltmarkt sichern.

Die jetzt durch diese Anordnung erfolgte Produktionsdrosselung in der Metallhalbzeugindustrie ist eine Folge der Rohstoffverknappung, die ihrerseits das Ergebnis der Devisenbewirtschaftung ist. Die katastrophale finanzielle Lage des „dritten Reiches“ zwingt zur verschärften Einfuhrbeschränkung. In den letzten Monaten ist zwar schon ein Einfuhrrückgang zu beobachten, aber auch dieser Rückgang genügt noch nicht, um die Außenhandelsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen, so daß weitere Einfuhrdrosselungen bevorstehen. So wichtig gerade die Metalleinfuhr für die Rüstungsindustrie ist, so bleibt doch dem Hitlerreich nichts übrig, als auch die Versorgung der metallverarbeitenden Industrie mit Rohstoff einzuschränken.

Es muß um das „dritte Reich“ wirklich schlecht bestellt sein, wenn selbst in der Rüstungsindustrie Einschränkungen vorgenommen werden müssen. Schacht versucht, gemeinsam mit seinem Puppe — so heißt nämlich der Rohstoffkommissar, der die Rolle Rathenaus im „dritten Reich“ spielen soll — eine Steigerung der inländischen Metallproduktion in die Wege zu leiten. Aber wie kürzlich selbst das amtliche Organ des Industrie- und Handelskammerverbandes Niedersachsen-Kassel betrubt feststellen mußte, bestehen bei Blei, Zinn und Kupfer nur ganz geringe Möglichkeiten zur Steigerung der Selbstversorgung. Man bemüht sich in letzter Zeit, Kupfer durch Aluminium zu ersetzen, dessen Erzeugung im Inland ausgedehnt werden kann, aber auch in dieser Beziehung bieten sich nur geringe Ersparnismöglichkeiten. Die Tendenz zur Selbstversorgung durch Ausbau inländischer Rohstofflagerstätten oder durch Schaffung von Ersatzstoffen birgt indessen auch die Gefahr von Fehlinvestitionen in sich. Außerdem bedeutet die Produktionsumstellung erhöhte Kostenansprüche. Die Verteuerung der Produktion bei der zunehmenden Materialverknappung führt zwangsläufig zu einer Verteuerung der Fertigerzeugnisse — ein Luxus, den sich das verarmte Deutschland auf die Dauer nicht leisten kann.

Wir hatten seinerzeit an dieser Stelle, als Dr. Schacht den Reichswirtschaftsminister Schmitt ersetzt hat, hervorgehoben, daß die Diktatur Schachts das Ende der künstlich in die Wege geleiteten Belebung der deutschen Wirtschaft, das Ende der Arbeitsbeschäftigung und den Anfang der Produktionsbeschränkungen bedeutet. Die Entwicklung der Dinge geht in der Richtung, wie wir es vorausgesagt haben. Nachdem

Wechselakzente im Warenverkehr mit Frankreich

Das Reichsbank-Direktorium teilt mit: „Es waren Zweifel darüber entstanden, ob nach Inkrafttreten des zwischen der Deutschen und französischen Regierung über die Regelung der Zahlungen aus dem Warenverkehr abgeschlossenen Abkommens vom 29. Juli d. J. von seiten der französischen Importeure Wechsel akzeptiert und nach Deutschland versandt werden könnten. Auf Anfrage hat uns das Office Franco-Allemand des Paiements Commerciaux, Paris, mitgeteilt, daß die französischen Importeure auch weiterhin Wechsel akzeptieren und zur Bezahlung ihrer Einkäufe aus Deutschland verwenden können. Diese Akzente können bei Fälligkeit durch Banken und Finanzinstitute zur Zahlung vorgelegt werden. Wir weisen aber besonders darauf hin, daß die mit dem Einzug der Akzente beauftragten Stellen in Frankreich anzuweisen wären, den Erlös an das Office Franco-Allemand des Paiements Commerciaux zur Weiterleitung an die Reichsbank für den deutschen Begünstigten zu zahlen. Wir bemerken noch, daß diese Wechsel auch weiterhin von der Reichsbank angekauft werden, sofern sie den bankgesetzlichen Bestimmungen entsprechen.“

Russische Bestellungen in England

(FSU.) Während des Monats August betragen die Aufträge der Sowjetunion an England 812034 Pfund Sterling gegenüber 553 288 Pfund Sterling desselben Monats im Jahre 1933. Großbritannien ist jetzt an die Stelle Deutschlands als größter Lieferant der Sowjetunion getreten. Deutschland steht jetzt an zweiter Stelle, es folgen die Vereinigten Staaten von Amerika, Holland, Italien und Frankreich. Der Wert der Gesamtbestellungen, die von der USSR an England während der ersten 8 Monate dieses Jahres vergeben wurden, beträgt 6 652 379 Pfund Sterling. Das ist im Vergleich zur Gesamtsumme von 2 326 312 Pfund Sterling in derselben Periode des Jahres 1933 fast dreimal so viel. Besonders erhöht hat sich der Ankauf von englischen Maschinen- und Betriebsausrüstungen, Eisenlegierungen und Stahl. Der Ankauf englischer Maschinenwerkzeuge beträgt mehr als 80 Prozent des gesamten englischen Exports dieser Branche.

in solch einem bedeutsamen Produktionszweig, wie in der deutschen Textilindustrie die Erzeugung um generell 30 Prozent eingeschränkt wurde, wird nunmehr auch offiziell eine Produktionsbeschränkung in der Metallhalbzeugindustrie angeordnet. Von dieser Produktionsbeschränkung wird bei der engen Verflechtung der einzelnen Zweige der Metallwirtschaft über kurz oder lang auch die gesamte metallverarbeitende Industrie, in der Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt sind, betroffen.

Bemerkenswert bei der neuen Anordnung ist es, daß die Weiterverarbeiter von Halbfabrikaten bei der Bestellung von Metallhalbzeug verpflichtet sind, ihre etwa vorhandenen Bestände an Rohmetallen usw. zur Herstellung der Halbfabrikate zur Verfügung zu stellen. Hierdurch sollen auch etwaige bei ihnen vorhandene Vorräte zur Entlastung der Versorgungslage herangezogen werden, was bei den Werken, die hierin einen Verlust ihrer letzten Rohstoffreserven sehen, natürlich große Mißstimmung ausgelöst hat.

Darüber hinaus bedeutet diese letzte Maßnahme eine weitere Bürokratisierung der deutschen Wirtschaft. Die Metallüberwachungsstelle, die, ausländischen Pressemeldungen zufolge, bereits einen Personalbestand von 300 Köpfen hat, wird damit immer mehr zu einer Versorgungsstelle für die Metallwirtschaft.

Die deutsche Wirtschaft wird mit der Durchführung des „neuen Planes“, d. h. der verschärften Einfuhrdrosselung, den Weg der Produktionsbeschränkung und der Bürokratisierung weiter beschreiten müssen. Damit werden sich aber auch die innerpolitischen Spannungen immer mehr vergrößern und schon der kommende Winter wird der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft schwere Erschütterungen bringen.

Begrenzung der Lagerhaltung für Metalle

Nachdem kürzlich für unedle Metalle die Bestandsanmeldung und die Verbraucheregelung für das zweite Vierteljahr 1934 festgelegt worden sind, hat jetzt der Reichsbeauftragte der Ueberwachungsstelle für unedle Metalle eine sofort in Wirksamkeit tretende neue (14.) Anordnung veröffentlicht, die die Lagerhaltung in Blei, Cadmium, Kupfer, Kupferlegierungen, Nickel, Quecksilber, Zinn und Zinn betrifft. Von der Neuordnung werden betroffen alle Betriebe der Metallgewinnung der ersten Verarbeitungsstufe, d. h. Betriebe, die Rohmaterial bzw. Abfallmaterial verarbeiten. Betriebe der zweiten Verarbeitungsstufe, die Halbmaterial weiterverarbeiten, und Händler mit unedlen Metallen aller Materialgruppen.

Ein Betrieb der ersten Verarbeitungsstufe darf Rohmaterial jeder Metallklasse nur bis zur dreifachen Menge seines durchschnittlichen Monatsverbrauchs in den ersten drei Kalendermonaten des Jahres 1934 auf Lager halten. Er darf Halbmaterial, gleichviel ob es sich um Erzeugnisse des Eigenbetriebs handelt oder nicht, insgesamt nur bis zur Höhe des durchschnittlichen Lagerbestands an solchem Material der ersten drei Monate 1934 auf Lager halten, keinesfalls mehr als die durchschnittliche Monatserzeugung des Betriebes während der letzten drei Monate.

Ein Betrieb der zweiten Verarbeitungsstufe darf Rohmaterial nur auf Lager halten, wenn er es neben Halbmaterial regelmäßig verarbeitet. Entsprechende Bestimmungen gelten für die Betriebe der zweiten Verarbeitungsstufe bezüglich Halbmaterial.

Schlechtere Gummibereifung

Die deutschen Automobilfabriken geben ihren Kunden bekannt, daß sie ihnen in Zukunft keine Wagen mehr mit Luxusbereifung liefern könnten. Diese Bekanntgabe ist auf Anweisungen der Rohstoffstelle zurückzuführen, die eine sparsame Verwendung von Gummivorräten verlangt; denn die Herstellung dieser Luxusbereifung macht die doppelte Menge von Gummi erforderlich, wie dies bei der gewöhnlichen Bereifung der Fall ist. Diese soll anscheinend in den bisherigen Grenzen weiter gestattet sein. Aber die Automobilfabrikanten behaupten, schon lange beobachtet zu haben, daß die neuerlich gelieferten Bereifungen weniger gut seien als die früheren.

Die Frage der Gummiversorgung ist für die Automobilfabrikation, die elektrische Industrie usw. von größter Bedeutung. Die Bemühungen, künstlichen Gummi herzustellen, werden mit großem Eifer fortgesetzt und haben auch schon nennenswerte Ergebnisse in theoretischer Beziehung erzielt; der Preis des so gewonnenen Gummi ist aber derartig hoch, daß man unmöglich an eine praktische Ausnutzung dieser künstlichen Fabrikation denken kann.

Der Sturz des Yen

Im Zusammenhang mit den letzten Kursstürzen der japanischen Währung wird in den Wirtschaftskreisen von Tokio mit einer weiteren Entwertung des Yen gerechnet, da die durch den Taifun angerichteten Verwüstungen in den Industriegebieten zu einem spürbaren Rückgang des Exportes führen müssen. Die ohnehin passive Handelsbilanz in Verbindung mit den Einfuhrbeschränkungen für japanische Waren in einer Reihe von europäischen und amerikanischen Ländern, sowie der im kommenden Januar fällige Anleiheendienst für die südmandschurische Bahn sind weitere Gründe für die pessimistische Beurteilung der japanischen Währung.

In den letzten Tagen ist der Yen um 3 Punkte auf den Kurs 100 Yen gleich 29 Dollar gefallen. Man rechnet damit, daß der Kursrückgang nicht vor dem Punkt 100 Yen gleich 20 Dollar zum Stillstand kommen wird.

Der Lehrer und die Politik

Keine Übertreibung!

Es ist leider richtig, wie es in dem Artikel „Wir Lehrer und die Politik“ in Nr. 244 der „Deutschen Freiheit“ heißt, daß der Lehrer in der deutschen Politik nicht die Stelle eingenommen hat, die gerade ihm nach seiner Berufsaufgabe und seiner Stellung im Volk entsprechen hätte. Aber ganz so bedeutungslos ist er doch nicht gewesen. Nicht von den alten Kämpfern wie Diesterweg und Eduard Sack zu reden, die ihre wertvolle und auch nicht vergebliche Arbeit ganz der Schulsache gewidmet haben, so hat doch die neue Zeit und namentlich die Republik eine Reihe Lehrer auch auf allgemein politische wichtige Posten gestellt, die sie zumeist auch voll ausgefüllt haben.

Ich nenne Damascus, dessen Bodenreformbewegung die Siedlungsarbeit hervorragend beeinflusst hat, und aus der republikanischen Zeit die Ministerpräsidenten Hoffmann in Bayern und Märten in Mecklenburg, den Bildungsminister Seifert in Sachsen und den Berliner Stadtschulrat Nydahl. Wer die Arbeit des letzteren kennt, weiß, wieviel er unter oft schwierigsten Umständen für die Schulsache geleistet hat. Nicht minder als Fachmann im Preussischen Landtag Karl König, der ohne den althergebrachten akademischen Bildungsdünkel der Demokraten Unterrichtsminister geworden wäre, und nicht zuletzt der langjährige Bildungsfachmann der Partei Heinrich Schulz, der Staatssekretär im Reichsinnenministerium wurde. Auch die Bedeutung Agahds für den Schutz des arbeitenden Kindes und Adolf Kochs für die Nacktkulturbewegung, beides sozial sehr und auch politisch bedeutsame Gebiete, sind hier zu nennen, nicht minder die wertvolle Arbeit unserer freien Schulorganisation mit ihren vielen Lehrer-Mitarbeitern. Es stimmt übrigens nicht, daß der Deutsche Lehrerverein sich zu irgend einer Zeit für die weltliche Schule eingesetzt hätte. Ueber die Simultanschule mit einer Art interkonfessionellen Religionsunterrichts ist er nie hinausgekommen. Auch der Vorwurf, daß die SPD. an derselben Krankheit wie der Lehrerverein gelitten hätte, ist ungerichtet. Gewiß hätte man ihr oft mehr von dem verzehrenden Feuer gewünscht, das gerade in den Fragen der Kinder- und Volkserziehung von jedem, dem es ernst um sein Volk ist, gefordert werden muß — aber es ist doch nicht zu leugnen, daß sie jederzeit in Parlament und Gemeinde die Sache der Schule treu gefördert und dort, wo sie die Macht dazu hatte, wie in Hamburg und Braunschweig, vielfach Vorbildliches geschaffen hat. Was Kurt Löwenstein als Schulrat in Berlin-Neukölln, als Führer der SPD-Lehrerorganisation und namentlich der

Kinderfreundebewegung praktisch und propagandistisch geleistet hat, darf sich jeder Leistung des Auslands vollwertig an die Seite stellen. Verfallen wir doch nicht in den Fehler der Selbstpreisgabe! Weil unsere Bewegung der Raubmörderpolitik des Kriegslieferanten-Kapitals gegenüber politisch versagt hat, brauchen wir wahrhaftig noch lange nicht alle unsere wertvollen sozialen und kulturellen Leistungen als nichtig anzusehen. Nein, mit Stolz wollen wir auf sie zurückblicken!

Schließlich: Haben wir deutschen Sozialisten wirklich Grund, England um seinen Macdonald oder gar Italien um seinen Hitler, Mussolini, zu beneiden? Da schäme ich doch Männer wie unseren deutschen Genossen Seifert, den Bürgermeister von Wien und früheren Volksschullehrer, ganz anders ein.

Mit alle dem soll natürlich nicht gesagt sein, daß die gesellschaftliche Stellung des deutschen Lehrers und vor allem seine politische Haltung im allgemeinen eine würdige gewesen wäre. Die Lehrerschaft als Ganzes konnte natürlich den engherzig-spießbürgerlichen Charakter des deutschen Kleinbürgertums, dem sie entstammte oder in das sie den „Geist der Begabten“ vollzogen hatte, nicht verleugnen. Wobei die drückende Abhängigkeit des Lehrers von seinen Arbeitgebern nicht vergessen werden darf. Im Vergleich mit ihm war der Fabrikarbeiter, der Betrieb und Ort wechseln konnte, ein freier Mann. Auch will ich keineswegs beschönigen, wie widerstandslos die Masse des Lehrerstandes, die doch gegen die Kirchenherrschaft in der Schule tapfer gekämpft hat, sich der nationalistischen Verseuchung preisgegeben hat. Das ist freilich meist das Schicksal besiegter Völker. Nach 1871 war Frankreich auch vom Revanchegeschrei erfüllt, und die Männer von Versailles haben ihr Bestes getan, um den deutschen Nationalismus, der am Kriegsende auch im Inland aufs Haupt geschlagen war, wieder großzuzüchten zu helfen.

Alle diese Erklärungsversuche sollen natürlich die betrübenden Tatsachen nicht beschönigen, an denen die Regierungen der Republik, ihre SPD-Mitglieder nicht ausgeschlossen, ihr gut Teil Mitschuld tragen. Das gilt es in Zukunft gut zu machen. Von Grund aus! Eine wirklich radikale, d. h. an die Wurzeln gehende Neuerziehung muß die Grundlage unserer Aufbauarbeit sein. Wie unendlich viel Unkraut wird da zu jäten, wie mühevoll und langwierig neuer Boden zu bereiten sein. Aber wir werden es schaffen!

Eckart.

Wert der Propaganda

(Moderne Fabel)

Die Mücke sprach zum Elefanten:
„Du glaubst der Größere zu sein? —
Das lügen nur die Emigranten!
Nein, ich bin groß und du bist klein.“

„Gut,“ lacht der Elefant, „Beweise!
Du könntest in den Spiegel sehn.“
„Beweise,“ summt die Mücke leise,
„Die schaffe ich im Handumdrehn!“

Sie schwirrte stracks zum Propaganda-
Minister und man ließ sie vor,
Und dem verschmitzten kleinen Mann da
Summt sie ihr „Mach mich groß!“ ins Ohr.

Grinsend verzog der Zwerg die Fresse,
In Runzeln strahlte sein Gesicht:
„Schreibt jetzt,“ — diktierte er der Presse —
„Der Elefant ist nur ein Wicht.“

„Dagegen wird in jedem Stücke
Mit größten Lettern festgestellt,
Daß unsere nationale Mücke
Das größte Tier der ganzen Welt.“

Bereits am nächsten Morgen schwenkte
Die deutsche Presse folgsam ein:
„Seit Hitler uns die Mücke schenkte,
Gott, sind die Elefanten klein!“

„Sie sind nicht größer als Bazillen,
Im Mikroskope sichtbar bloß;
Doch dank dem nationalen Willen
Auftrag die Mücke riesengroß.“

Da war die Mücke tief befriedigt,
Sie flog zum Elefanten hin:
„Da lies, wie tief du nun erniedrigt,
Wie riesengroß ich aber bin.“

Jedoch verächtlich dreht den Rücken
Der Elefant ihr zu und lacht:
„Bleib, wo man Propagandamücken
Zu Geisteselefanten macht!“

Mucki.

„Alles lachte“

Ein deutscher Kaufmann auf Reisen

Von einem Berliner Kaufmann wird uns geschrieben:

Nach dem Weltkriege war es nicht gerade ein Vergnügen, als Deutscher im Ausland zu reisen. Auch bei den Neutralen schlug einem etwas von der Abneigung und Feindseligkeit entgegen, die durch den „Kaiserismus“ geweckt und durch den Ueberfall auf Belgien verstärkt worden war. Das alles änderte sich nach einigen Jahren Republik und demokratischer Aufbau- und Friedensarbeit. Man spürte, wie der Respekt vor Deutschland draußen wieder wuchs, man merkte die Achtung, die jeder Bürger eines freien Landes in der Welt genießt und bedauerte die Angehörigen jener Nationen, die ab und zu über die Grenze gingen, um wieder einmal unbespiegelt freie Luft zu atmen. Das Selbstbewußtsein wuchs, wenn man auf diese Leute stieß, deren Reisen immer einer Flucht aus dem Vaterlande gleichen.

Dieser mühsam errungene junge Respekt vorm Deutschen ist vorbei. Wer heute als Deutscher ins Ausland fährt, spielt dort eine keineswegs glorreiche Rolle. Mein Beruf nötigt mich oft zu Auslandsfahrten, aber es ist überall dasselbe. Ueberall wird heute der Deutsche als nicht sehr achtbarer Zeitgenosse behandelt, namentlich in „stammverwandten“ Skandinavien. In einem Stockholmer Café lächelte eine kleine Gesellschaft mit Seitenblicken zu mir herüber und ich hörte einige Bemerkungen. Auf mein Drängen überseht mein Freund, was sie über den Tisch gesprochen: „Ein Deutscher; wahrscheinlich soll er sich hier aufordnen lassen!“ Man fühlt selbst im Hotel, wie man bewiegt wird.

In der Schweiz passierte es mir, daß nicht nur die Kellner, sondern selbst der Liftboy meine Bestellungen nur unwillig entgegen nahm. Das erlebte ich in mehreren Hotels. Andere Landsleute bestätigten mir dasselbe. Ich half mir schließlich mit dem Schwyzerdütsch, das ich mir in der Jugend angeeignet habe. Und siehe sofort hellten sich die Gesichter ringsum auf. Von Italien will ich nicht lange sprechen. Ein Gepäckträger, der einen zu hohen Preis forderte, erklärte mir: Für Deutsche arbeite er nicht zu demselben Preise, der für andere gälte. Ich bin dieses Jahr nur bis Ravenna gekommen, aber überall schlug mir Ironie oder Feindschaft entgegen. Dies in einem Lande, in dem man auch unterm Faschismus seufzt, aber die Lächerlichkeit des haken-

kreuzlerischen Rasseimperialismus erscheint hier so stark, daß sich selbst der italienische Faschist neben dem hitlerdeutschen wie ein Vertreter der Vernunft vorkommt.

Erst in Jugoslawien atmete ich einigermaßen auf. Dieses einfache Volk weiß von der Nazibarbarei zu wenig; es ist außerdem von Natur sehr zurückhaltend und die Gastlichkeit spielt in seinen Sitten noch immer eine zu große Rolle, als daß es einem Fremden so leicht sein Werturteil spüren ließe. Um so fleghafter benahm sich dort in den Bädern der Adria ein gewisser Teil der deutschen Gäste. Man merkte es ihnen schon an dem hochfahrenden Tone an, mit dem sie Zeitungen bestellten: die braunen Neureichs, die emporgekommenen Nazibonzen. In einer Pension in Dubrovnik (Ragusa) herrschte einer dieser Flegel den Zeitungsmann an: „Was? Das Judenblatt wagen Sie mir herzuhalten?“ Dann verlangte er den „Völkischen Beobachter“. In derselben Pension waren auch Polen zu Gast. Eines Abends sangen sie polnische Lieder; es war mir ein Vergnügen. Einer der Hakenkreuzler drehte sich dem polnischen Tisch zu und schnarrte: „Bitte um Ruhe! Wenn das nun alle machen wollten!“ Einer der Polen erhob sich und sagte in gutem Deutsch: „Bitte schön, singen Sie unseretwegen das Horst-Wessel-Lied, wenn Sie musikalisch sind.“ Oesterreicher waren dabei und Ungarn — alles lachte auf Kosten der Hakenkreuzler; sie wurden hier geschnitten wie überall. Auf dem Schiff hörte ich, als eine junge, jüdisch aussehende Dame an unserem Liegestuhl vorbeiging, wie nebenan einer dieser Neureichen ranzte: „Gebürt mit 30 Jahren erschossen!“ Manche Deutsche sind auf Reisen immer ein bißchen als Provinzler Europas aufgetreten, aber diese Hakenkreuztouristen schleppen mehr als Provinzialtum, schleppen die ganze Hitlerpest mit sich herum, und ich darf sagen, daß sie mir das schöne dalmatinische Gestade reichlich vermehrt haben.

Es gibt für den Deutschen im Auslande nur einen ungetrübten Genuß: Zeitungen, freie Zeitungen. Aber im übrigen gelten wir da draußen heute im günstigsten Falle als komisch oder bemitleidenswert. Es ist wieder wie nach dem Weltkriege.

Objekte gespannt und mit Laubzweigen bedeckt werden. Der Meister lachte sich ins Fäustchen: dieser Auftrag bedeutete Arbeit für einige zwanzig Mann vom Sommer bis zum Frost.

Aber die Sache hatte leider einen Haken, wie alles im „dritten Reich“; nicht umsonst ist das Hakenkreuz sein Symbol. Den Auftrag hat der Meister wohl, aber ausgeführt kann er nicht werden, weil infolge der Devisennot der dafür benötigte ausländische Langhanf nicht zu beschaffen ist. Und in Deutschland gibt es Hanf dieser Qualität nicht. Nun sieht der Meister vor seiner leeren Seilerbahn. Den Auftrag hat er — aber der Hanf ist zu kurz!

Englisch statt Deutsch

Die lettländische Regierung hat beschlossen, zukünftig in den Grundschulen nur eine Fremdsprache zu lehren, und zwar nicht mehr wie bisher Deutsch, sondern nur noch die englische Sprache.

Die leere Seilerbahn

Kleine Tragödie im „dritten Reich“

Man erinnert sich wohl der Prophezeiung eines nationalsozialistischen Agitators, daß die Seiler zu tun bekommen würden, wenn das Hakenkreuz einmal an die Macht gekommen sein wird. Als es aber so weit war, hat man die Hanfstricke der Seiler nicht gebraucht, man hat sich mit den Mordwerkzeugen beholfen, mit denen die rauen Kämpfer seit jeher gearbeitet haben und mit deren Handhabung sie nun einmal vertraut waren.

Nun sollten aber die Seiler doch noch Arbeit bekommen. Nicht Galgenstricke sollen sie machen — nein, die deutsche Rüstung bedarf ihrer Produkte. Da hat zum Beispiel in einer schlesischen Stadt ein Seilermeister 3000 Tarnnetze für die Reichswehr in Auftrag bekommen; das sind Netze, die als Schutz gegen Fliegerei über Geschützstände und ähnliche

Wo ist Hans Sassmann?

Ein österreichischer Schriftsteller Opfer der Gestapo

Die Gattin des in Berlin lebenden österreichischen Schriftstellers Hans Sassmann hat sich mit der Bitte an den österreichischen Gesandten in Berlin gewandt, er möge zugunsten ihres Gatten bei den reichsdeutschen Behörden intervenieren, da dieser seit einiger Zeit spurlos verschwunden und nach privaten Informationen seiner Freunde verhaftet worden sei. Sassmann kam vor einiger Zeit nach Berlin, wo ein von ihm verfaßtes Schauspiel am Staatlichen Schauspielhaus aufgeführt werden sollte. Kurz darauf schrieb er in einem Brief an seinen Freund Egon Friedell in Kufstein, daß die Aufführung wahrscheinlich nicht zustande kommen würde und übte in diesem Zusammenhang heftige Kritik an den unwürdigen Zuständen im Kunstbetrieb des „dritten Reichs“. Dieser Brief wurde von der deutschen Zensur geöffnet und ein zweiter Brief Sassmanns an Friedell beschlagnahmt. Seither ist Sassmann verschwunden. Der österreichische Gesandte in Berlin teilte der Gattin des Schriftstellers mit, daß er bereits einmal zu seinen Gunsten interveniert habe, bisher aber von den deutschen Behörden nur ausweichende Antworten bekommen hätte.

Exerzierplatz Deutschland

Das Buch eines ehemaligen Generalstäblers

In diesen Tagen erscheint bei Editions Bernard Rosner, 36, rue du Colisée, Paris 8e (einem neuen Verlag für schöne Literatur, Geschichte, Soziologie, Wirtschaft), das Buch eines ehemaligen Generalstäblers S. Erckner „Exerzierplatz Deutschland“ (192 Seiten, fr. Fr. 12,50) als erster Band einer Schriftenreihe des „Institut pour l'Etude du Fascisme“ mit einer Einleitung von P. Langevin, professeur au Collège de France, membre de l'Académie des Sciences.

Aus dem Inhalt: Der 10-Jahresplan; Der Wehrstaat; Die SA.; Der politische Soldat; Kaserne, die hohe Schule der Nation; Knaben in Uniform; Der Student wird Soldat; Die dritte Armee; Kraft durch Freude; Volk ans Gewehr.

Exerzierplatz Deutschland ist die erste Gesamtdarstellung der neudeutschen offenen und versteckten, mittelbaren und unmittelbaren Rüstungen.

Das Buch wirkt durch die Fülle der Tatsachen, durch die lückenlose Darstellung eines Wehrnetzes (Schule, Gewerkschaft, Kirche, Sport, SA., Presse), in dessen Maschen das Leben im „dritten Reich“ gezwängt ist, aufrüttelnd und sensationell.

Sachverständige

Richtige Arbeitsteilung

Der preussische Innenminister hat in einem Runderlaß angeordnet, daß Feuerwehrmänner unverzüglich ihren Austritt aus der SA. und SS. zu erklären haben. Mitgliedschaft bei der SA. und SS. sei im Interesse der Leistungsfähigkeit der Feuerwehren, und zwar der Freiwilligen wie der Berufsfeuerwehr, unerwünscht.

Sehr richtig, denn SA. und SS. haben die Brandstifter zu stellen!

So war es in Versailles... Von Victor Schiff

Victor Schiff schilderte in den ersten Teilen dieses Buchkapitels, wie niederschmetternd der Eindruck der „Bedingungen“ auf die deutsche Delegation in Versailles war. In einer denkwürdigen Sitzung nahmen sie, unter Vorsitz des Grafen Brockdorff-Rantzau, dazu Stellung. Man nahm Gutachten der politischen, wirtschaftlichen, finanziellen Sachverständigen entgegen. Die Ergebnisse waren erschütternd.

Der Hamburger Witthoef bewies, als Sprachrohr des deutschen Großhandels und der Hausstädte, daß der Verlust der deutschen Kolonien diesen Zweig der deutschen Wirtschaft unrettbar ruinieren würde. Ballins Nachfolger an der Spitze der Hagap, Cuno, ebenso wie der Leiter des Norddeutschen Lloyd, Heineken, sahen als Folge des Verlustes der Handelsflotte die restlose Verödung der deutschen Hafenstädte binnen kürzester Zeit voraus. Landwirtschaftliche Spezialisten wie der inzwischen verstorbene Herr von Braun zeigten, wie der Verlust der Korn- und Kartoffelkammern Deutschlands, Posen und Westpreußen, Deutschland mit dauernder Hungersnot bedrohte. Der badische Kommerzienrat Bosch prophezeite den Zusammenbruch der chemischen Industrie allein infolge der Zwangslieferungen. Und was erst die Hütten- und Kohlenmagnaten, die Herren Röchling, Friß Thyssen, Hillger usw. voraussagten, hätte, wenn es sich später auch nur annähernd erfüllt hätte, genügt, um Deutschlands Industriegebiete vollständig zu veröden und in Schlachtfelder der bolschewistischen Anarchie zu verwandeln. Unerfüllbare Kohlenlieferungen würden den finanziellen Zusammenbruch des Bergbaues zu Folge haben, während der Verlust fast der ganzen deutschen Eisenerzproduktion, besonders in Lothringen, der deutschen Hüttenindustrie und damit der gesamten Metallindustrie einen tödlichen Schlag versetzen würde.

Bei weit geöffnetem Fenster

Auf diesen Ton waren alle Reden der Sachverständigen abgestimmt. Eine dumpfe Verzweiflung breitete sich über den Saal, die Stimmen der Redner zitterten zuweilen vor Erregung. Es war ein heißer Tag gewesen, der Abend war schwül, über dem finsternen Park von Versailles flammte das Wetterleuchten ferner Gewitter auf. Die rauchgeschwängerte Luft im großen Speisesaal wurde bald unerträglich. Man riß die breiten Fenster auf. Nach einer Weile erschien an der Tür ein deutscher Pressevertreter und rief in den Saal hinein: „Meine Herren, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß man draußen im Hof und auch auf der Parkseite jedes Wort verstehen kann!“

Fürwahr, wenn man bedenkt, welche bis ins Groteske gesteigerte Vorsicht bislang gegenüber mutmaßlichen Spionen und Mikrofonen angeordnet worden war, so mußte es um so seltsamer erscheinen, daß man bei jener Sitzung die elementarsten Maßregeln außer acht ließ und sogar bei weit geöffneten Fenstern laute Reden hielt.

Doch Brockdorff-Rantzau antwortete der gut gemeinten Warnung schlagfertig und unter lebhafter Zustimmung: „Das schadet nichts: Diese Reden können die Herren Alliierten ruhig erfahren! Sie mögen wissen, wie wir ihre Bedingungen beurteilen und wie einmütig die Delegation sie verwirft!“

Die Debatte wurde fortgesetzt. Sie sollte gegen Schluß insofern lebhafter werden, als die ersten weltanschaulichen Gegensätze zutage traten. Anlaß dazu bot eine schneidende Erklärung des Generals von Seeckt. Für ihn war der Versailler Vertrag natürlich schon wegen der Abrüstungsbedingungen gänzlich unannehmbar. Im Gegensatz zu Schücking, der es als eine besonders wichtige Aufgabe der

Delegation bezeichnet hatte, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu erwirken, weil dann manche Erleichterung auch bei den übrigen Bedingungen erhofft werden könne, erklärte Seeckt, daß er an den künftigen Frieden durch den Völkerbund nicht glaube und daß Deutschland einer starken Wehrmacht nach wie vor bedürfe. Ein Volk, das der allgemeinen Wehrpflicht beraubt sei, sei dem Niedergang verfallen. Ein Friede, der Deutschlands Wehrhaftigkeit untergrabe, sei unannehmbar.

Otto Landsberg antwortet

Ihm antwortete sofort der Reichsminister Landsberg. Er wies darauf hin, daß, wenn es überhaupt einen Gedanken gebe, zu dem sich Deutschland nach seinem völligen militärischen Zusammenbruch bekennen müsse, wenn es jemals wieder hochkommen solle, so sei das gerade der Gedanke des Völkerbundes, zu dem er sich glühend bekenne. Die militärischen Bedingungen, mögen sie noch so hart und ungerecht sein, wären für ihn der letzte Grund, der ihn zu seiner ablehnenden Stellung gegen den überreichten Entwurf bestimmen würde. Deutschlands Zukunftshoffnungen lägen bestimmt nicht auf militärischem Gebiete, sondern es werde die Mission des deutschen Volkes sein, auf sozialem und geistigem Gebiet voranzugehen. Nur so werde ein Wiederaufstieg des Vaterlandes möglich sein. Und er stehe sogar nicht an zu erklären, daß er auf die uns überlassenen, militärisch unbrauchbaren Reste der deutschen Kriegsflotte gern freiwillig verzichten würde, wenn uns die Sieger dementsprechend mehr Handelstonnage zur baldigen Wiederbelebung unserer Wirtschaft überließen.

Laute Zustimmung von den verschiedensten Seiten unterstützten Landsbergs Ausführungen. Die Gruppe der kaiserlichen Militärs um Seeckt herum, die Kommodore Heinrich, der Kapitän zur See Kiep, der bayerische Oberstleutnant von Zylander machten uns aus ihrer Mißstimmung kein Hehl. In dieser tragischen Stunde drohte die Kluft zwischen dem alten und dem neuen Deutschland sich gewaltsam aufzureißen. Mit feinem psychologischem Gefühl lenkte Brockdorff-Rantzau ab: in der Sache und im Endziel seien sich alle Redner bisher einig gewesen. Der Vertrag sei in dieser Form unannehmbar und es sei ganz natürlich, daß ein jeder das Gebiet, das ihm am nächsten liege, am stärksten unterstreiche.

Carl Legien

Die kleine, gedrungene Gestalt des alten Gewerkschaftsführers Carl Legien erhob sich. Mit seinen ruhigen, leicht sarkastischen Worten lenkte er die allgemeine Aufmerksamkeit auf sein Votum: Es ist im Grunde genommen ganz gleichgültig, wir könnten ablehnen, dann würden die Sieger versuchen, ihre unerfüllbaren Bedingungen mit Gewalt durchzusetzen, aber es werde ihnen doch nicht gelingen. Wir können annehmen und dabei betonen, daß die Bedingungen Unsinn seien, aber wir würden dann doch nicht unerfüllbare Bedingungen ausführen können. Am deutlichsten komme dieser Widerspruch im sozialen Teil des Vertrages zum Ausdruck. Dieser Teil sei zwar stark verbesserungs-

bedürftig, enthalte aber sehr gesunde Grundsätze und Gedanken. Aber der Rest des Vertrages sei derart maßlos, daß diese gesunden Grundsätze und Gedanken sich nicht verwirklichen ließen.

Noch einige weitere Redner ergriffen das Wort. Alle kamen zu verzweifelten Schlußfolgerungen: Hungersnot, Zusammenbruch, Chaos, Anarchie seien als Folgen einer Unterzeichnung unabwendbar — dann doch lieber ablehnen!

Der kleine unscheinbare Mann

Da erhob sich zum Schluß ein kleiner, unscheinbarer Mann, der neben Legien saß. Nur die wenigsten kannten ihn. Die durch seelische Niedergeschlagenheit und physische Anstrengung erschöpften Teilnehmer hörten schon seit einer Weile nur noch mit halber Aufmerksamkeit zu. Ihr Gesamturteil stand ja fest und alle Redner kamen ja ohnehin zu demselben Endergebnis. Aber schon nach einigen wenigen Sätzen des unbekannteren Redners horchte man auf. Seine Sätze ließen den geübten Völkerredner erkennen, sein Äußeres die proletarische Herkunft, seine Mundart die sächsische Abstammung. Es war der sozialdemokratische Arbeitsminister Sachsen, Albert Schwarz, der Vertreter der Dresdner Regierung. Und zum ersten Male an diesem Abend hörte man ganz ungewohnte Töne der entschlossenen Energie und unbelärbaren Zuversicht: „Meine Herren, ich begreife Ihre Verzweiflung nicht. Nach Ihren Reden müßte man annehmen, daß die letzte Stunde des deutschen Volkes ge-

*) Albert Schwarz ist inzwischen, wenige Wochen nach Erscheinen der I. Auflage, am 22. Juli 1929, gestorben.

schlagen habe. Aber das Volk will leben und wird leben! Mag sein, daß wir durch diesen Friedensvertrag 20, ja 25 Jahre lang daniederliegen werden. Aber einmal werden wir doch wieder hochkommen. Und was sind 25 Jahre im Leben eines Volkes? Für diese Generation sehr viel. Aber für Deutschland, für die deutsche Nation in der Geschichte fast gar nichts!“

Die Stimme aus der Tiefe

Ein Ruck ging durch die langen Tischreihen. Die Menschen waren wie verwandelt. Vielleicht hat sich manch einer leise geschämt, daß er sich so willenlos dem Fatalismus und der Trübsal hingegeben hatte. Aber wohl alle waren dem kleinen Albert Schwarz, diesem Manne, den nur die wenigsten auch nur dem Namen nach kannten, dafür dankbar, daß er sie aufgerüttelt hatte. Es war, als wäre aus den Tiefen des ewig schauend und gemarterten deutschen Proletariats die mahnende und fordernde Stimme der Massen ertönt: Wir wollen arbeiten, wir wollen leben — obwohl wir selber nichts davon gehabt haben und nach diesem Zusammenbruch erst recht nichts davon haben werden, aber damit unsere Kinder und Enkel eine bessere Zeit kennen lernen!

Es war inzwischen gegen Mitternacht geworden. Brockdorff-Rantzau dankte den Rednern für ihre Stellungnahme und konstatierte als Ergebnis dieser Aussprache, daß der Vertrag in seiner jetzigen Form allgemein als unannehmbar empfunden werde, daß aber auch niemand für eine sofortige Abreise eingetreten wäre. Es sei vielmehr die Auffassung der Delegation, die sich übrigens mit dem inzwischen bekannt gewordenen Standpunkt des Reichskabinetts und der politischen Parteien in Weimar deckte, daß man versuchen müsse, zunächst durch schriftliche und sodann, wenn möglich, durch mündliche Verhandlungen mit den Gegnern, bessere Bedingungen zu erreichen.

Themata herausgegriffen werden, um auf die öffentliche Meinung der Ententeländer Eindruck zu machen und manche Vorurteile zu erschüttern, die die gegnerische Pressepropaganda in der ganzen Welt gegen Deutschland angehäuft hatte.

Gerade bei der Frage der Kriegsgefangenen erfolgte der erste Versuch, mündliche — oder wie es hieß „kommissarische“ — Verhandlungen über die technischen Seiten des Problems der Heimbeförderung der Kriegs- und Zivilgefangenen aus überseeischen Ländern und aus Sibirien sowie über die Neubekleidung der Gefangenen auf Deutschlands Kosten usw. vorzunehmen. Man mußte annehmen, daß die Sieger sich solchen Verhandlungen würden nicht zu ziehen wagen. Wie man weiter unten sehen wird, wurde selbst diese bescheidene Hoffnung enttäuscht!

Der Kampf beginnt

An demselben Tage, an dem die letzten von den vier ersten deutschen Noten abgingen, trafen bereits die Antworten Clemenceaus auf die zwei ersten Noten ein, also bereits nach 24 Stunden. Man war zunächst in der deutschen Delegation über die Schnelligkeit dieser Antworten angenehm überrascht. Selbst der Ton und der Inhalt dieser allerdings sehr kurzen Schriftstücke erweckte zunächst bei führenden Herren der Delegation sogar einige Hoffnung für die weitere Entwicklung. Man war jedenfalls auf Schlimmeres gefaßt. Auf die erste Note — Grundlage des Rechtsfriedens — wurde lediglich mit der Versicherung geantwortet, daß die Alliierten sich ständig von den Grundsätzen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind, daß sie aber keinerlei Erörterungen ihres Rechtes zulassen können, die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens, so wie sie sie festgesetzt haben, aufrechtzuerhalten. Sie können nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen.

Auf die zweite Note — Völkerbundsfragen — wurde, beinahe verbindlich, geantwortet, daß der deutsche Entwurf der zuständigen alliierten Kommission übermittleit worden sei, und daß im übrigen die Frage der Zulassung neuer Mitglieder ausdrücklich im 2. Absatz des Artikels 1 des Statutes vorgesehen sei.

(Fortsetzung folgt)

Der Notenkampf

Die Taktik der Deutschen — Noten über soziale Fragen, Völkerbund, Kriegsgefangene, Kriegsschuld usw. — Einziges Zugeständnis in der Saarfrage erreicht — Brutale Antworten Clemenceaus

Auf Grund der Plenarsitzung vom 8. Mai und im Einverständnis mit dem Reichskabinettsrat war die allgemeine Politik der Friedensdelegation festgelegt: In Ermangelung mündlicher Verhandlungen sollte von der uns zugestandenen Möglichkeit schriftlicher Bemerkungen ausgiebiger Gebrauch gemacht werden mit dem doppelten Ziel, einerseits Verbesserungen auf diese Weise zu erzielen und andererseits die Gegner durch die Wucht der schriftlichen Argumente schließlich doch zu mündlichen Verhandlungen herauszulockern. Man war nämlich überzeugt, daß, wenn erst die gegnerischen Delegierten und Sachverständigen im kontradiktorischen Verfahren gezwungen sein würden, auf die mündlichen Einwendungen und Beweisurteile unserer eigenen Unterhändler zu antworten, wenigstens ein Teil von ihnen die Ungerechtigkeit oder Unsinnigkeit der uns vorgelegten Bedingungen einsehen würde. Käme erst die gegnerische Front ins Wanken, dann ließe sich sicher noch vieles für Deutschland herausholen.

Freilich gab man sich über die Aussichten eines solchen Versuches keinen Illusionen hin. Man begriff nur zu gut, was man uns Clemenceau in seiner Rede kategorisch erklärt hatte: „Il n'y a pas de discussion verbale et les observations devront être présentées par écrit.“ „Es gibt keine mündliche Diskussion und die Bemerkungen werden schriftlich eingereicht werden müssen.“ — Eben weil man befürchtete, daß die mühsam hergestellte Einheitsfront der Alliierten, dieses wacklige Kompromiß zwischen dem Rachebedürfnis Clemenceaus und dem Gerechtigkeitsprogramm Wilsons, einer ernsthaften mündlichen Diskussion mit Deutschland keine drei Tage standhalten würde, war dieses noch nie dagewesene rein schriftliche Verfahren beschlossen worden. Aus demselben Grunde hatte man ja die hermetische Absperrung der deutschen Delegation angeordnet. Die Chancen, diesen wohlbedachten Beschluß rückgängig zu machen, waren also von vornherein sehr gering. Dennoch mußte der Versuch unternommen werden.

Bereits am 9. Mai in der Mittagsstunde fand im Arbeitszimmer Rantzaus eine engerer Sitzung der leitenden Herren der Delegation statt, in der die konkrete Ausführung dieses generellen taktischen Beschlusses beraten und beschlossen wurde. Zunächst kam man darin überein, zwei kurze Noten an Clemenceau zu richten, die eine allgemeiner Art, in der gewissermaßen eine prinzipielle Rechtsverwahrung gegen die bei der ersten Durchsicht des Entwurfs festgestellte Verletzung „der vereinbarten Basis des Rechtsfriedens“ — gemeint waren die 14 Punkte Wilsons — eingelegt werden würde; die andere, um eigene Ideen und Anregungen zum Aufbau des Völkerbundes zu entwickeln und dabei gleichzeitig anzufügen, „ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche Einladung (an Deutschland, dem Völkerbund beizutreten) beabsichtigt ist“. Dieser zweiten Note war eine Denkschrift beigelegt, die im wesentlichen das Werk Professors Schückings und der Deutschen Liga für den Völkerbund war.

Darauf sollten unmittelbar zwei weitere Noten folgen, die eine über die Heimkehr der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die andere über den XIII. Teil des Vertrages (Arbeitsfragen).

Der Aktionsplan

Psychologisch war dieser Aktionsplan zweifellos fein durchdacht, aber auch stilistisch und inhaltlich waren die überreichten Noten kleine diplomatische Meisterwerke. Zunächst die Betonung des allgemeinen Rechtsstandpunktes, wonach der Friede nur auf der vor dem Waffenstillstand vereinbarten Grundlage des Wilsonschen Programms geschlossen werden könne; sodann das Bekenntnis zum Völkerbundsgedanken; weiter der Appell an die elementaren Gefühle der Menschlichkeit, um die Leiden der Gefangenen abzukürzen; endlich die Hervorhebung der Bedeutung der sozialen und gewerkschaftlichen Fragen für das neue Deutschland. Als Einleitung des Notenfeldzuges konnten kaum bessere

Frauen im Konzentrationslager

Aus dem bei der Verlagsanstalt „Graphia“ in Karlsbad erschienenen Buch „Konzentrationslager“ drucken wir im folgenden ein Kapitel aus dem Bericht über das Konzentrationslager Hohenstein (Sachsen) ab:

Die Regierung Hitlers hat nach den ersten Mitteilungen über die Einrichtung von Konzentrationslagern amtlich erklärt, Frauen kämen nicht in Konzentrationslager, sondern nur in Gefängnisse. In Hohenstein waren in der Zeit vom November 1933 bis Juni 1934 niemals weniger denn 25 Frauen als Gefangene im Lager. Oft stieg deren Zahl auf vierzig.

Die Frauen wurden bei der Einlieferung weniger schwer mißhandelt als die Männer. Aber auch sie erhielten

Faustschläge in das Gesicht

Beim Lauf nach dem oberen Burghof stellten ihnen SA-Leute das Bein und kreuzten sich, wenn sie fielen. Oft wurde Frauen der Rock über dem Kopf zusammengebunden. Dann trieb man sie im Hofe herum. Die SA-Leute Puyler und Stachowitz haben einer Frau den Rock hochgehoben, ihr ein Glas Wasser zwischen die Beine gegossen und sie dann gehöhnt:

„Du Schwein hast Dich wohl bespitzt?“

Am 2. oder 3. April traf ein Gefangenen-Transport aus Bautzen ein. Darunter waren zwei Frauen. Die eine war offenbar von der Straße weg verhaftet worden, denn sie trug lediglich eine Einkaufstasche und eine Grammophonplatte bei sich. Die zweite der beiden Frauen aus Bautzen war ein ergrautes junges Mädchen. Sie wurde am Abend nach der Erledigung der Einlieferungsformalitäten erneut in die Geschäftsleitung bestellt und danach wurden ihr vom SA-Truppenführer Lehmann die Hände über dem Kopf zusammengebunden. Lehmann führte dann die alte Frau an einer Hundeleine zum Gaydium der SA-Leute, um die Burglinde!

Seelisch haben diese Frauen im Konzentrationslager Hohenstein sicherlich noch mehr gelitten, als wir Männer. Wir waren an Beschimpfungen gewöhnt und fürchteten nur Prügel und Mißhandlungen. Was die Frauen jedoch unter den Beschimpfungen litten, läßt sich kaum darstellen.

„Du Margaretenhure!“ „Du Tripperchwein!“ „Stinkiges Loch!“ „Perverse Sau!“ Das waren Anreden von SA-Leuten für Frauen im Lager Hohenstein.

Für die Frauen gab es kein weibliches Ueberwachungspersonal! Sie wurden ebenso wie die männlichen Gefangenen von jungen SA-Leuten überwacht, nach dem Abort gebracht und zum Essenholen geführt. Sie mußten sich des nachts von den jungen SA-Leuten in ihren Zellen kontrollieren lassen! Es war nicht das mindeste an Einrichtungen und Vorschriften vorhanden, die Gefangene in Frauengefängnissen schützen!

Junge und ältere Frauen wurden eingeliefert, meist ganz unpolitisch denkende. Die mir bekannt gewordene jüngste Gefangene, Erika Hergesell, eine Kommunistin aus Dresden, war sechs Jahr und die älteste, deren Name ich vergessen habe, annähernd sechzig Jahre alt. Dina Schmidt, war früher Nationalsozialistin und ist dann nach einer Rundreise zu den Kommunisten übergetreten. Sie war schon vor meiner Ankunft im Lager Hohenstein. Frau Schmidt

ist schwer tuberkulös, bettlägerig und muß von ihren Kameradinnen an die frische Luft geführt werden. Keztliche Behandlung erhält sie nicht.

Unter die Frauen hatte man auch eine besetzte Landstreicherin gestellt. Im November war sie schon im Lager. Sie trug Männerkleider und führte den Spitznamen die „Bierpigige“. Ihre Mitgefängenen litten furchtbar unter deren Verhalten. Sie beschmutzte täglich ihr Bett, benutzte die ordinärsten Ausdrücke und führte obszöne Gebärden und Bewegungen aus. Erst im Mai wurde sie durch SA-Truppenführer Schupp in eine Korrektilionsanstalt überführt.

Gehtig hochstehende Frauen waren zum engen Zusammenleben mit diesen bedauernswerten Geschöpf gezwungen. Die Frauen des Lagers lebten Tag und Nacht in einem einzigen Raum, den sie nur zur Arbeit verlassen durften. Die Betten standen in dem beschränkten Raum in zwei Etagen übereinander. Sitzgelegenheit und Bewegungsmöglichkeit war bei voller Belegung nur für die Hälfte der weiblichen Gefangenen vorhanden. In meiner Zeit waren die folgenden Frauen in Hohenstein: Marianne Seifert, eine Sekretärin der Roten Hilfe, Erna Kühn, Sekretärin der kommunistischen „Arbeiterstimme“ aus Dresden, Hilde Gladewitz, geb. Janka, die Schwester der kommunistischen Reichstagsabgeordneten, Eva Knabe-Schulze, eine bekannte Kunstmalerin der Dresdener Akademie, Erka Grögerchen, ein junges Mädchen mit Vorkalbildung, Tochter eines Dresdener Kaufmannes, Dorle Eleda, sie hatte die Volkshochschule besucht und war die Frau eines Schuhmachers und etwa dreißig andere, deren Namen ich nicht kenne.

Auch die ältesten Frauen mußten mit ans Waschhaus oder in unzulänglicher Kleidung bei grimmiger Kälte die Wäsche im Freien aufhängen. Im Waschhaus wurden die braunen Uniformen und alle Leib- und Bettwäsche der SA-Befahrene gewaschen, außerdem ein Teil der Gefangenewäsche und alle Handtücher. Alles ohne Waschmaschine auf dem Waschbrett.

Den männlichen Gefangenen des Lagers war es unmöglich gemacht, mit den Frauen zusammenzukommen und strengstens verboten, mit ihnen zu sprechen.

Vom Waschhaus aus konnten die Frauen alles beobachten, was vor der Geschäftsstelle vorging. Die SA-Leute führten oft auch Gefangene unter die Fenster des Frauenhauses, um sie dort zu peinigen. Wie mag es da mancher Mutter oder Gattin zumute gewesen sein, wenn sie sah, wie die Männer verprügelt wurden!

Im Januar kam ein neuer Transport, dem auch ein Ehepaar angehörte. Als der Mann beim „Empfang“ von einem SA-Mann geprügelt wurde, geriet die noch in der Reihe stehende Frau in große Erregung. Sie fürzte sich an den SA-Mann und hat ihn geschlagen. — Die Frau wurde abgeführt und ausgepeitscht. Wir hörten ihre furchtbaren Schreie.

Im Lager Hohenstein waren schon vor meiner Einlieferung im November vier Gefangene einer Familie — Vater, Mutter, Sohn und Tochter — Teil aus Ramenz. Nur die 55-jährige Großmutter war in Freiheit. Die Mutter wurde im Januar, die Tochter im März, der Vater Ende April oder Anfang Mai und der Sohn etwa Ende Mai entlassen.

100 Todesurteile - 41 Hinrichtungen

Das blutige Bell des Obersten Gerichtsherrn

Das Sekretariat für die Opfer des Hitlerfaschismus schreibt:

Die faschistische Blutjustiz ist in Deutschland weiter am Werk. Jeder neue Tag bringt neue Bluturteile.

Am 29. September verurteilte das Sächsische Sondergericht den tschechoslowakischen Stoßdangengebörigen Dittmar zum Tode.

Am 25. September wurde der antifaschistische Kämpfer Willi Jasper vom hiesigen Sondergericht zu 15 Jahren Zuchthaus und zum Tode verurteilt. Nach 4 Tagen, am 29. September, wurde der unschuldig verurteilte vor den Scharfrichter gehleppt und geköpft.

Neunzig Todesurteile wurden bis jetzt von den faschistischen Gerichten ausgesprochen. 41 aufrechte antifaschistische Kämpfer fielen unter dem Henkerbeil. Neue Massenhinrichtungen stehen bevor.

Seltdem vor wenigen Wochen durch das Weltbühnenkomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus der dokumentarische Nachweis über 66 Justizmorde geführt wurde, sind 6 Helden des antifaschistischen Kampfes Opfer des Henkers geworden.

Erhard Mintsch wurde am 23. Juli drei Wochen nach der Urteilsverkündung im Hofe des Justizgebäudes in Stuttgart hingerichtet.

Am 30. August wurden im Gefängnis Dortmund an den zum Tode verurteilten Arbeiter Hans Voit und Friedrich Rapier das Urteil vollstreckt.

Am 18. September fiel der Kopf des Arbeiters Hans Schidzki unter dem Beil. Das Gericht konnte nicht ein-

wandfrei beweisen, daß Schidzki die Tat wegen der er verurteilt wurde, begangen hat.

Der katholische Jungarbeiter Gregor Meißner, der am 3. Juli 1934 vor dem Schwurgericht in Elbing zum Tode verurteilt wurde, wurde am 18. September in Elbing hingerichtet.

Schluß mit den Hinrichtungen

Noch immer sitzen mehr als 80 unschuldig zum Tode verurteilte in den Todeszellen des „dritten Reiches“. Unter ihnen der Jungarbeiter Josef Reitinger. Am 1. Februar 1934 wurde das Todesurteil gegen ihn vom 6. Oktober 1933, bestätigt, obwohl von der internationalen Juristischen Vereinigung ein Zeuge beigebracht werden konnte, der beschwor, daß Reitinger nichts mit der Tat zu tun hatte, für die er zum Tode verurteilt ist. Ein beglaubigtes Protokoll, das dem preussischen Justizminister zugestellt wurde, blieb unbeantwortet.

Ein Ausschrei der Empörung muß die Welt durchdringen. Schluß mit den Morden in Deutschland. Der Massenprotest der ganzen Welt muß die neuen geplanten Morde verhindern. Niemand darf länger schweigen. Die deutschen Gerichte müssen von Protestbriefen, Telegrammen und Delegationen überflutet werden.

Freiheit für alle zum Tode Verurteilten. Freiheit für Thälmann, Wierendorf, v. Dönnik und alle anderen eingekerkerten Antifaschisten.

Uebrigens, was wäre gewesen, wenn Hauptmann nicht ein biederer Zögling von arischer Abstammung, sondern ein Jude wäre? Würde sich dann auch die deutsche Presse gegen die mißbräuchliche Verwendung zur Debe gegen ein ganzes Volk zur Wehr setzen? Es ist ja auch noch nicht aller Tage Abend. Der „Stürmer“ wird schon noch entdecken, daß Hauptmann doch ein Jude oder wenigstens in seiner germanischen Unschuld von einem raffinierten Juden verleitet worden ist.

In diesem verschiedenen Verhalten einer relativ anhängigen und einer ausgesprochenen unanhängigen Presse in gleichartigen Fällen zeigt sich die moralische Höhe, die das deutsche Volk heute erreicht hat.

Vom Hofe

Weimar, 4. Okt. Der Führer weilte am Dienstag in Weimar, wo er Spaziergänge und Besichtigungen unternahm. Am Abend wohnte er der Reuinszenierung von „Johannin“ im Nationaltheater bei. Die Bevölkerung brachte dem Führer begeisterte Huldigungen dar.

Die Hauptsache: Verleumdung

Bischof Wurm wird diffamiert

Es ist ein beliebtes Mittel der braunen Banditen des „dritten Reiches“, daß sie undotmäßige Männer von großem Einfluß, denen sie anders nicht beikommen können, in der Öffentlichkeit zu diffamieren versuchen. Es finden sich immer willfährige Treutoren, die über „Unregelmäßigkeiten“ auszulassen bereit sind. Wenn auch spätere Gerichtsverfahren die Haltlosigkeit solcher Verdächtigungen feststellen, so wird doch der nächste Zweck, die Ausschaltung des Gezierten, erreicht. Wir erleben das im Saargebiet in diesen Tagen am Fall Bid.

Einer der entschiedensten Gegner Hitlers und des Reichsbischofs Müller ist der Landesbischof von Württemberg, der unerlöschene Bischof Dr. Wurm. Wir haben wiederholt über den mannhaften Kampf dieses evangelischen Theologen gegen die Ungehelichkeiten Müllers und Hitlers berichtet, den man schließlich vom Dienst suspendierte und ihn durch einen Kommisar vorläufig ersetzte.

Kunmehr folgt die Diffamierung. Das Goebbelsche DRG meldet:

Berlin, 4. Okt. In Ergänzung der Meldung über die Notwendigkeit der Einsetzung eines Kommissars für die württembergische Landeskirche teilt die kirchenamtliche Pressestelle mit: Kunmehr liegt der Bericht vor, den die bisherigen Beamten der landeskirchlichen Kassenverwaltung über die kassenmäßigen Vorgänge bei der evangelischen Landeskirche Württemberg gegeben haben. Danach haben sich bereits im April dieses Jahres der Landesbischof Wurm und Oberkirchenrat D. Schauffler die alleinigen Kassenmächtig über Guthaben der Landeskirche in Höhe von 1.621.038 RM. übertragen lassen. Es heißt in dem Bericht: Dieser Beitrag ist in ungewöhnlicher Weise der ordentlichen Verwaltung durch den Kassenleiter entzogen worden. Ein derartiges Eingreifen dürfte in einer öffentlichen Verwaltung wohl einzig dastehen.

So veranlaßte Oberkirchenrat D. Schauffler auch am 8. September, also nach vollzogener Eingliederung der Landeskirche in die Deutsche Evangelische Kirche, die Ueberweisung von insgesamt 200.000 RM. aus landeskirchlichen Mitteln an die Kaiser Missionsgesellschaft und an die sogenannte Besenmühlengasse in Barmen, zu Händen des Superintendenten i. e. N. Koch (Deinhauen). Ein Verwendungszweck ist nicht angegeben. Der Kassierer des württembergischen Oberkirchenrates machte schriftlich und mündlich Bedenken gegen die Ueberweisungen geltend. Seine Einwendungen wurden jedoch von D. Schauffler zurückgewiesen und die Ueberweisung angeordnet. Gleichzeitig erhielt die Realstratur des Oberkirchenrates den Auftrag, den Einlaufsvermerk für das Schreiben des Kassierers, in dem dessen Bedenken geltend gemacht wurden, so zu lösen, daß er nicht mehr sichtbar sei.

Eine typische Behandlung des Falles Wurm! Mancher Bischof, auch mancher katholische, wird von den braunen Räubern mittels der Androhung ähnlicher Skandale in Schach gehalten.

Zuchthaus!

Die stehlenden braunen Bonzen

Das Göttinger Schwurgericht verurteilte dieser Tage noch mehrtägiger Verhandlung den Kreisamtsleiter der NSD, Hagemann zu sechs Jahren Zuchthaus, 200 RM. Geldstrafe und 10 Jahren Ehrverlust, den politischen Reichsleiter Riens zu drei Jahren drei Monaten Zuchthaus, 200 RM. Geldstrafe, und den Propagandaleiter der NSD, Woljies zu drei Jahren drei Monaten Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Die Verurteilten hatten sich wegen Untreue und Unterschlagungen beim Winterhilfswerk 1933/34 zu verantworten. Die Schwere der Strafen war bedingt durch die Tatsache, daß es sich um Gelder des WHW handelte. Als eigentlicher Urheber der Gesamtaktion war Woljies anzusehen, der Hagemann veranlaßte, ihm ein Darlehen von 350 RM. auszugeben und diesen Betrag nicht zu buchen. Riens ließ sich für die nächtlichen Spiele in Göttingen ein Darlehen von 2500 RM. geben, aber das nicht quittieren und das nicht verbucht wurde. Ferner konnte Hagemann keine Auskunft über den Verbleib von 1000 RM. geben und schließlich hat er 750 RM. durch doppelte Cuttings untererschlagen. Bis heute ist das Winterhilfswerk nicht abgerechnet. Auch an der Saar nicht. Wieviel wird an der Saar unterschlagen sein?

Gefährliche Deckoffiziere

Zum „Saube von Volk und Staat“ ist der „Bund der Deckoffiziere“ von der oldenburgischen Regierung verboten und das Vermögen beschlagnahmt worden. Die Mitglieder hatten sich in ihrer Mehrheit zu der Opposition des „Stahlhelm“ bekannt und öfter Kritik an dem „dritten Reich“ geübt. Einige ganz Unentwegte glaubten sogar, die verbotene Deutschnationalistische Partei wieder auflieben lassen zu können. Also wurde der Bund aufgelöst und — was die Hauptsache ist — das Vermögen beschlagnahmt. Vielleicht kauft sich von dem Gelde der „Klempner-Hermann“ ein paar neue Orden?

Frau Steinfurth schwer erkrankt

Paris, 4. Okt. Wie das Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus erklärt, ist die Frau des ehemaligen kommunistischen Abgeordneten Steinhilber, der, wie erinnerlich, zusammen mit John Scheer „aus der Nacht“ erschossen wurde, aus dem Berliner Frauengefängnis ins Kronenhaus überführt worden. Frau Steinfurth, die seit fast einem Jahr eingekerkert ist, ohne daß gegen sie Anklage erhoben worden wäre, leidet an einer fortgeschrittenen Lungentuberkulose, die die schwersten Beschwerden für ihr Leben aufkommen läßt. Eine Delegation französischer Journalistinnen, die sie vor kurzem im Gefängnis besuchte, schilderte die barbarische Behandlung der schwerkranken Frau.

Die NSDAP. ist verjudet

Essen, 4. Okt. In einem Aufsatz über die bevorstehende Parteiaushebung in der „Essener Nationalzeitung“ wird das interessante Zugeständnis gemacht, daß sich in der NSDAP. auch zahlreiche „Nichtarier“ befinden. In den Direktiven für die Säuberungsaktion heißt es über diese, daß die P.g.s. deren nichtarische Abstammung festgestellt wurde, zum Teil aus der Partei ausgeschlossen werden sollen, zum Teil aber wird lediglich der Aufnahmebescheid rückgängig gemacht, im Falle nämlich, wenn der Betreffende zur Zeit, als er sein Aufnahmegeruch schrieb, selbst noch nicht von seiner „unreinen“ Abstammung wußte.

Lindbergh

Gegen die politische Ausnutzung des Lindbergh-Falls

Gegen die politische Ausnutzung des Lindbergh-Falles gegen Deutschland wendet sich die „wölnische Zeitung“. Sie stellt fest, daß die amerikanische Presse den Verlust ablehnte, die Tatsache, daß der Entführer des Kindes ein Reichsdeutscher ist, zur Debe gegen das deutsche Volk anzunehmen. Für denkende Menschen ist es selbstverständlich, daß einem großen Volke kein Vorwurf daraus gemacht werden kann, wenn unter seinen Millionen Angehörigen sich ein berüchtigter Verbrecher findet. Aber braucht die amerikanische Presse wirklich den Anführer Hauptmann, um gegen das deutsche Volk Stimmung zu machen? Werden nicht von den Personen, die sich zu amtlichen Führern des deutschen Volkes ausgeworfen haben und von diesem als solche geduldet werden, Tag für Tag die gleichen und noch viel ärgeren Schandtaten begangen, Taten, für die man leider das deutsche Volk wirklich verantwortlich machen muß?

